

1091
An die Kreisgewerkschafts-
Kommission

a. 21
Fischern.
Lastenstr. 87.



Volksdemokrat

Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
der tschechoslowakischen Republik.

Einrückungen Preisnachlag.

2. Jahrgang.

Samstag, 25. November 1922.

Nr. 277.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . KZ 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Kollektion
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung
Retourkarten.

Ersteinstellung
des Montag täglich

Neue Gewaltpolitik?

Den Antrag der 117. einen Ausschuss einzusetzen, der die notwendigen Vorarbeiten für einen nationalen Ausgleich hätte leisten sollen, haben die Abstimmungsstimmgeber der Regierungsmehrheit mit aller Rücksichtslosigkeit abgelehnt. Wie auch nicht? Was irgendwie nach ernsthafter Bemühung aussieht, dem Hader der unsere „Nationalrepublik“ bewohnenden Stämme ein Ende zu setzen, findet vor den Augen der politischen Macher des Herrenvolkes keine Gnade; um an der Macht zu bleiben, brauchen sie die nationalistische Siebelsäge zu schärfen und drücken, bei Tschechen, Deutschen, Slowaken und Magyaren. Droht der Brand kleiner zu werden, wagt es ein Vernünftiger, ein ruhiges Wort der Einsicht auszusprechen oder gar einen Weg zu weisen, der, sei es auch unter Enttäuschungen und harten Mühen, schließlich doch zum Ziele führen könnte —: flugs nehmen die Geschäftschauvinkler eine neue Scheite zur Hand und schüren mit emsigem Vorbedacht die schwächer lodende Glut.

In diesem urfälligen Zusammenhang, in der Beleuchtung des Beabsichtigten und Erregung Provokierenden muß man die von den tschechischen Zeitungen kolportierte Nachricht sehen, daß die nationalen Sektionen der Landesräte aufgelassen werden sollen, erst dann versteht man den feinen Plan und seine letzten tückischen Motive voll und ganz. Ihn aus der Sache selbst begründen oder gar rechtfertigen zu wollen, wäre ein vergebliches Bemühen, sachlich betrachtet, sprechen vielmehr alle Argumente für die Beibehaltung der Sektionen. Man kann in die Ideen des Nationalstaates bis zum Irrsinn verbissen sein und Tag und Nacht vom ungeheilten Reiche der heiligen Wenzelskrone träumen, aber an der Tatsache wird man nicht vorbeigehen können, daß es in Böhmen, Mähren und Schlesien neben den tschechischen eine große Zahl deutscher Volks- und Mittelschulen gibt, und daß diese einer einheitlichen schulpolitischen, pädagogischen, administrativen und finanziellen Leitung bedürfen.

Eine Zentralstelle, in welcher alle Fäden zusammenlaufen, von der aus organisatorisch eingegriffen werden kann, ist schließlich ein Ding der Notwendigkeit, und welcher Verwaltung, welche bürokratischen Umständlichkeiten plabgreifen, wenn sie nicht vorhanden ist, lehrt das Beispiel des national nicht sektionierten schlesischen Schulrates. Sollte dieses Beispiel des unproduktiven, von Schwerefälligkeit, Widerfinn und Ungerechtigkeit starrenden Apparates irgendwelche Partei wirklich locken, was sich im kleinen Schlesien so übel bewährt hat, im größeren Mähren und im ganz großen Böhmen zu versuchen? Was dort Hemmung über Hemmung, mühte hier Lähmung und Stillstand hervorzurufen, der Schulbürokratismus würde sich selbst erwürgen.

Und wozu das alles? Bedürfen etwa die in Schuldingen allmächtigen Nationaldemokraten dieses Mittels, um die dank ihrer nationalen Landesratssektionen „selbstherrlichen“ Minoritäten endlich, endlich unterzukriegen? Konnten die deutschen Sektionen verhindern, daß man in Böhmen und Mähren zahllose Klassen sperrte, hunderte Schulen zusammenzog, auflöste und andere aufs Hungerretat setzte? Weit gefehlt, solche Autorität und Macht war den Sektionen Zeit der Republik niemals zu eigen. Von der „schulpolitischen“ und „finanziellen“ Leitung, die ihnen eigentlich zugekommen wäre, hatten und haben sie nicht einen Hauch inne, die sind beim einheitlich tschechischen Präsidium des Landesschulrates in sicherer Hut, und wenn das, was ihm niemals passiert ist, einmal doch versagen sollte, ist das ebenso verlässliche Ministerium ganz gewiß zur Stelle.

„Erst Brot, dann Reparationen“.

Der neue Reichsminister vor dem Reichstag. — Verlangen nach einem drei- bis vierjährigen Moratorium.

Berlin, 24. November. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des Reichstages stellte sich das neue Kabinett vor. Nachdem der neue Reichsminister seinen Vorgänger und dessen Mitarbeiter herzlichen Dank ausgesprochen hatte, sprach er sein Bedauern darüber aus, daß die neue Reichsregierung nicht auf der breiten parlamentarischen Basis stehe, die er auf Grund des zu erörternden Programmes hätte erwarten dürfen. Es sei eine Zusammenfassung aller Kräfte auf dem Boden der republikanischen Staatsform notwendig und der Reichsminister hätte es begrüßt, wenn die Mitglieder der Sozialdemokratie sich zur Mitarbeit im Kabinett bereit gefunden hätten. Er hoffe, daß es zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit kommen und der Geist positiver, gemeinsamer Arbeit als staatsbehaltende Kraft auf einen Boden zusammenführen werde. Der Reichsminister gab sodann ein Bild des heutigen Deutschlands und betonte, daß nach außen Deutschland im Kreise der gleichberechtigten Völker ein sich selbst bestimmendes, aus eigener Kraft und eigenem Rechte lebendes Staat werden müsse. Die uns in London auferlegten Leistungspflichten sind festgesetzt worden, ohne daß Deutschland Einblick in die Berechtigung gegeben worden wäre. Der Streit um die Erfüllungspolitik hat seit jeher die offene Aussprache beherrscht und ist vielfach zum Schaden für unseren innerpolitischen Frieden aus einer Frage nüchternen wirtschaftlicher Erwägung zu einer Frage der Gesinnung gemacht worden. Heute ist die Frage der Erfüllungsmöglichkeiten und ihrer Grenzen geklärt. In Cannes, Genoa und später überzeugten sich die in der Reparationskommission vertretenen Mächte, daß die Deutschland auferlegte Last unerträglich ist. Nicht Deutschland, sondern die Gläubiger und Sachverständigen der Weltwirtschaft erklären, daß Deutschland nicht zahlen kann. Trotzdem sind uns die Goldzahlungen für Reparationen und Besatzungen nur bis Ende dieses Jahres gestundet. Drohend hängt das Schicksal der Angehörigen über Deutschland. Dazu drücken uns die Lasten der Besatzungen und Sachleistungen. Obwohl Deutschland nur 100.000 Mann unter Waffen hat, liegt auf dem linken Rheinufer und den drei rechtsrheinischen Städten, die ohne einen im Friedensvertrag angeordneten Grund besetzt wurden, immer noch eine Armee, die wesentlich größer ist als das deutsche Heer. Der Reichsminister schildert sodann die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands, dessen Produktionskräfte durch die Abtrennung landwirtschaftlicher und industrieller Gebiete auf lange Zeit geschwächt sind. Die Überlastung mit einer, auch bei unerschütterter Kraft unausbringlichen Zahlungspflicht und die Politik ultimativer Drohungen haben den Glauben der Welt an die Zukunft Deutschlands auf das schwerste erschüttert. Die Mark hat ihre Stellung als Mittel der Wertverhaltung und der Wertbemessung verloren. Die Folge ist Minderung der Substanz, steigende Kreditnot, Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, Tötung des Sparsinnes, Flucht in Waren und für gewisse Kreise Flucht in den Genuß, die im Zustande verbittert und die ausländischen Beobachter irreführt.

Als die „freie“ Tschechoslowakei ins Leben trat, verhielt sie den Völkern auf ihrem Boden ungehemmte Entwicklungsmöglichkeiten, Gleichheit wie in den Pflichten, so in den Rechten. Dieses Versprechen anders als mit Hilfe völliger nationaler Autonomie durchzuführen, ist ein Ding der Unmöglichkeit, und wo sollte die Autonomie einsetzen, wenn nicht beim Verfügungsrecht eines Volkes über seine Schulen? Wie es seine Jugend erziehen, welche Wege in die Zukunft es seinem Nachwuchs bahnen will, kann niemand entscheiden als das Volk selbst, ihm allein kommt es zu, für seine Schulen zu steuern und diese Steuern zu verwenden! Keine Vormundschaft ist entehrender, verbittert mehr und läßt den Stachel, vergewaltigt zu sein, brennender im Fleisch zurück als das angemahnte Recht einer Nation, die Jugendziehung der andern zu regeln, Unrecht, das hier geschieht, vergißt sich nicht, weil es sich noch an Kindern und Kindeskindern rächt! Wir haben genug und übergenuge an den Schlägen und Fußtritten, die im Staatsvoranschlag dem deutschen Schulwesen verübt werden, genug an dem schreienden Mißverhältnis, das zwischen Bevölkerungszahl und Steuerleistung auf der einen und dem Schulaufwand für Deutsche und Tschechen auf der andern Seite herrscht; die Donnerstag- und Freitagssitzung des Parlamentes haben da empörendes Material im Übermaß an den Tag gebracht. Es ist ein erschütternder Anschauungsunterricht dessen, welche lebenswichtigste Rechte man uns mit der Schulautonomie vorenthält, und da will man es wagen, uns den letzten Schein der Selbstständigkeit in Unterrichtssachen auch noch zu nehmen? Das darf nicht sein, und tut man's doch, belächelt man sich mit dem Vorwurf frecher Provokation.

Man mißverstehe uns nicht. Es fällt uns nicht ein, für die Einrichtung der Landesräte an und für sich eine Lanze einzulegen, aus dem verstaubten Erbe des österreichischen bürokratischen Apparates sind sie einer der ärgsten Lasterhüter. Was sich dort an Vertretern bevorrechteter Klassen, der Pfaffen und Rabbinen beieinanderfindet, schreit als böser Anachronismus geradezu zum Himmel und die Willkür der

Zusammenziehung ist dadurch noch ärger, daß Tod, Amtsentsetzung und der Fortfall neuer Wahlen eine Menge unausgefüllter Lücken zurückgelassen haben. Reform an Haupt und Gliedern, so bald und so einschneidend als möglich! Aber es wäre bösester Hohn, das vorhinflutende Gebilde zu belassen und nur einen Stein, eben die nationale Sektionierung, herauszubringen, in den Organen der Gaukschulverwaltung, die dereinst kommen soll, müßte die nationale Selbstständigkeit erst recht organisch verankert sein. Mit dem Hinweis auf eine reich organisierte Zukunftsmusik das bescheidene Instrumentchen zum Schweigen bringen wollen, das uns jetzt zur Verfügung steht, ist ein zu plummes Täuschungsmanöver, als daß es nicht jeder entrüstet zurückweisen müßte.

Die Sektionierung aufzuheben ist in letzter Linie Sache des Unterrichtsministers, Bedenken wird zu zeigen haben, ob er dem Instinkt seiner nationaldemokratischen Bürokratie weichen oder sich mannhafte zu dem kaum ein halbes Jahr alten Urteil seiner Partei bekennen will. Am 4. April 1922 hat der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten „der Meinung Ausdruck gegeben, daß es vom Standpunkt einer zweckmäßigen Schulverwaltung nicht notwendig ist, die nationalen Sektionen aufzulassen! Uebrigens hat der Klub seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß die Bürokratie einseitig ihre Ansichten in dieser hochpolitischen Frage kundgibt, ohne daß sich hierüber die verantwortliche Regierung ausgesprochen hätte.“ Dieses Wort steht, es bindet durch die Klarheit der ausgesprochenen Uebersetzung Partei und Minister. Wir haben keinen Grund, anzunehmen, daß sich die tschechischen Sozialdemokraten im Winter daran vorbeidrücken werden, was sie im Frühling ausgesprochen, und Minister Bedenke im besondern hat im Budgetausschuß sein Programm so sympathisch entwickelt, daß wir eine Uebereinstimmung zwischen Worten und Taten bei ihm wohl vermuten dürfen. Und dies umso mehr, als er sich bewußt sein muß, daß gegen den Willen der tschechischen Sozialdemokraten der Anschlag niemals Wirklichkeit werden kann.

des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete Frankreich, zu leisten, was nach Deckung der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Eine solche Begrenzung entspricht dem Versailler Vertrag wonach die deutschen Leistungen nach dem Grade der Leistungsfähigkeit abgemessen sind, wie auch die Note der Alliierten vom 16. Juni 1919 zugibt, in der es heißt, daß die gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen eines Deutschland aufrechterhalten werden sollen, das sich aufrichtig bemüht, seine volle Leistung der Wiedergutmachung zu widmen. Das Wort „Erst Brot, dann Reparationen“, fügt die Politik der alten und neuen Regierung ohne Bruch ineinander. Diese Politik ist die Politik der Selbsthaltung der Nation, der Stärkung der deutschen Wirtschaft und der bestmöglichen Leistungen aus den Ueberschüssen. Kein Gläubiger, dem die Reparationsfrage eine Wirtschaftsprüfung und nicht etwa ein Instrument politischer Absicht ist, kann dieser Politik entgegenstehen. Der Reichsminister gab sodann der Hoffnung Ausdruck, daß die Einsicht der leidenschaftlichen Beitragszahlungsweise sich auch in der Ländern der früheren Gegner immer mehr Raum brechen werde, und brachte insbesondere zum Ausdruck, daß ohne Unterstützung der Vereinigten Staaten eine Lösung nicht denkbar erscheine. Der Reichsminister erklärte im Namen der deutschen Regierung, daß sie ohne Einschränkungen auf den Boden der Note vom 13. November trete und fest entschlossen sei, das in ihr enthaltene Programm in vollem Umfange zu vertreten. Die neue Reichsregierung stimme zu, daß sofort eine vorläufige Aktion zur Hebung und Befestigung der Mark eingeleitet und hierfür von der Reichsbank 500 Millionen Goldmark zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Regierung schene die drohenden, nicht unerheblichen Ersparungen nicht. Sollte sie eine akute Gesundheitskrise nicht einem schleichenden Verfall vorziehen? Deutschland müsse auf drei bis vier Jahre von allen Verzählungen und Sachleistungen aus dem Versailler Friedensvertrage, mit Ausnahme der Sachleistungen für die zerstörten Gebiete, befreit werden, soweit diese ohne eine Vermehrung der schwebenden Schuld bestritten werden können. Auch müsse Deutschland die Gleichberechtigung im Handelsverkehre wiedergegeben werden. Die Annahme dieser Vorschläge sei nur eine logische Folge jener Erkenntnis, der Poincaré in seiner letzten Kammerrede Ausdruck gegeben habe, indem er sagte, daß Deutschland im Augenblick nichts mehr bezahlen könne. Der Vorwurf Poincarés, Deutschland habe niemals den aufrichtigen Wunsch gezeigt, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, könne keine Geltung haben gegenüber den Tatsachen, daß Deutschland seinen Leistungswillen offen vor aller Welt bekundet habe, häufig unter tiefer Erschütterung seiner Wirtschaft.

Schließlich erklärte der Reichsminister, daß es ihm persönlich eine Freude sein würde, die vertrauensvollen Beziehungen mit führenden Wirtschaftspersonlichkeiten im Auslande, die er gewonnen habe, nun unmittelbar für Dienste des Reiches fruchtbar zu machen. Die Regierung wolle eine schlichte und ehrliche deutsche Politik treiben. Der Reichsminister verwies auf die Worte Rathenau's, die Reichsregierung werde niemals bereit sein, besetzte deutsches Gebiet freizugeben, seine Befreiung zu gefährden oder auch nur um einen Tag hinausschieben zu lassen. Die Sorge um das deutsche Land mahne zur Einmütigkeit der Gesinnung.

Der Reichsminister schloß: Es geht nicht um Worte, sondern um Arbeit und um die Tat, um alle leitenden Kräfte Deutschlands zu vereinigen. Deutschland ist in schwerster Gefahr. Ich weiß nicht, ob uns aus dem übermächtigen Willen unserer vormaligen Kriegsgegner neue Not beschieden ist, oder ob es uns möglich wird, den Weg zur Gesundung zu beschreiten. Was uns aber auch beschieden sein mag, unsere Arbeit wird nicht vergebens sein. Deutschland kann bedrückt und bedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

Der Sprecher der Sozialdemokraten.

Nach der Rede des Reichsministers sprach Genosse Breitscheid. Er stellte fest, daß das Bürgerturn mit dieser Regierungsbildung nur seine Versuche fortsetze, der Arbeiterschaft jeden Einfluß auf die Regierung zu rauben. Die Weigerung der Sozialdemokraten, in die Regierung einzutreten, gehe nicht auf persönliche Vorurteile gegen die deutsche Volkspartei zurück, sondern erwachse aus der Tatsache, daß die Volkspartei gegen die Gesundung der deutschen Wirtschaft, gegen

Annahme der Genfer Protokolle.

Wien, 24. November. Der Nationalrat hat heute in namentlicher Abstimmung mit 108 Stimmen der christlichsozialen, der großdeutschen und der deutschen Bauernpartei gegen 68 Stimmen der Sozialdemokraten, dem dritten Genfer Protokolle die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt.

Albert Thomas in Wien.

Wien, 24. November. Der Präsident des internationalen Arbeitsamtes in Genf und frühere französische Munitionminister Albert Thomas ist auf der Rückreise von Rattowitz in Wien eingetroffen. Er hatte hier mit Bundeskanzler Seipel und Außenminister Grünberger, die er von Genf her kannte, eine Unterredung, der auch Präsident Weiskirchner und der Minister für soziale Verwaltung Schmidt beizuhörte. Thomas begibt sich von hier wieder nach Genf zurück.

Sonnino gestorben.

Rom, 24. November. (Savas.) Der ehemalige Ministerpräsident und Minister des Aeußeren Sonnino ist gestorben.

Edney Baron Sonnino wurde 1847 in Pisa geboren. Zuerst in diplomatischen Diensten, trat er als Vierziger in die Politik ein und war in den Neunzigerjahren Finanz- und Schatzminister. In den Jahren 1906 und 1909 leitete er zwei kurzlebige Ministerien, welchletzte Bedeutung bekam seine Tätigkeit als Minister des Aeußeren seit November 1914, denn unter ihm trat Italien nach längerem Schwanken und Zögern in den Krieg an Seite der Entente

Das Haus wies sodann einen Antrag der Sozialdemokraten auf Einfügung einer Bestimmung in die Geschäftsordnung, daß auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Hauses dieses jederzeit einberufen werden müsse, dem Verfassungsausschusse zur Berichterstattung bis morgen zu.

ein, verband sich der italienische mit dem französisch-englischen Imperialismus, wodurch erst die lange Dauer des Krieges ermöglicht wurde. Die Ernüchterung, welche der Friedensschluß in Italien hervorrief, setzte Sonnino mit dem Ministerium Orlando im Juni 1919 hinweg.

Die Brüsseler Finanzkonferenz.

Paris, 23. November. (Savas.) Man ist sich darüber klar, daß Theunis die Konferenz von Brüssel nicht einberufen wünscht, wenn nicht gute Aussichten auf greifbare Ergebnisse beständen. Die sogenannte Brüsseler Finanzkonferenz werde die Frage der deutschen Reparationszahlungen und die Frage der Regelung der interalliierten Schulden zu erörtern haben und sich sicher auch mit dem deutschen Ersuchen um Unterstützung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands beschäftigen müssen. Alle diese Fragen seien nicht leicht zu lösen. Man könne annehmen, daß Poincaré sich während seines Aufenthaltes in Lausanne nicht ausschließlich mit der Frage des Orientes befaßt, sondern sich mit Lord Curzon, mit Mussolini und mit den amerikanischen Beobachtern über die Details der Fragen unterhalten habe, aber eine diplomatische Verständigung reiche nicht aus. Damit diese Verständigung einen vollen Erfolg zeitigen könne, müsse vielmehr die Mitarbeit von Finanzgelehrten in dem durchzuführenden Programm, mindestens in den Hauptlinien gesichert sein.

Gen. Joll beantragt bei Beratung des § 6 die Streichung der Begrenzung der Einreichungsfrist sowie eine Aenderung betreffend die Aufstellung der Begünstigungen aus den einzelnen Gruppen. Gen. Joll macht nochmals darauf aufmerksam, daß, wenn auch Aenderungen an der Vorlage vorgenommen werden, deshalb doch keine Verzögerung bei dem Inkrafttreten des Gesetzes einzutreten braucht. Auch der Senat habe Aenderungen an der Vorlage vorgenommen. Redner erklärt schließlich, wenn die Mehrheit sich bereit erklärt habe, alle auch anerkannt berechtigten Aenderungen abzulehnen, so würden die Deutschen gezwungen sein, auf die Teilnahme an den Beratungen zu verzichten. — Da wieder alle Aenderungsanträge abgelehnt wurden, verließen die deutschen Abgeordneten den Sitzungssaal.

Der famose Initiativauschuß, diese Spezialität des tschechoslowakischen Parlamentarismus, wird von seinen eigenen Eltern, den Koalitionsparteien, nach allen Regeln der Kunst sabotiert. Der viel beschäftigte und kräftige Vorsitzende fehlt häufig; einen Stellvertreter zu wählen hat man nicht für notwendig gehalten, die erschienenen Mitglieder müssen deshalb oft unverrichteter Dinge wieder abziehen. Kommt endlich eine Sitzung zustande, so fehlen wieder die Referenten, die über die Zuweisung der Anträge an die Ausschüsse zu berichten haben; und sind sie da, so haben sie wiederum gar nicht selten die Berichte vergessen. Es scheint also, daß auch die Schöpfer dieser Mißgeburt keine Freude mehr an ihr haben, was sehr begreiflich ist; aber dann sollen sie ihn aus der Welt schaffen, denn durch diese schlampige Geschäftsführung wird der Ausschuß zur einer schweren Hemmung des parlamentarischen Apparates. Das zwingt uns, die wir sonst wahrhaftig wenig Liebe zu dieser Einrichtung haben, sehr lebhaft und energisch gegen solche Verschleppungsmanöver zu protestieren; gerade jetzt liegen einige sehr wichtige und dringende Anträge unserer Genossen vor, die sich mit den Mitteln zur Bänderung der Krise und der Arbeitslosigkeit befassen; ihre Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse wird durch die passive Resistenz des Initiativauschusses um Wochen verzögert, ihre rechtzeitige Erledigung verhindert. Das ist ein Skandal und es wird höchste Zeit, daß da Ordnung geschaffen wird. Wenn dieses Parlament schon auf den Initiativauschuß nicht verzichten kann, so sollen seine Drabhtknecht wenigstens dafür sorgen, daß er ordentlich arbeitet.

Der „betrunkene“ Arbeitslose.

Der Arbeitslose, der seine staatliche Arbeitslosenunterstützung in Alkohol umsetzt, ist jetzt in der Wiener bürgerlichen Presse eine ständig wiederkehrende Figur. Der Arbeitslose, der mit seiner länglichen Unterstützung, die er aus den Mitteln der Allgemeinheit erhält, nichts Besseres anzufangen weiß, als daß er sie in der Kneipe verfaßt und dann mit der Polizei in Konflikt gerät, ist nun wirklich eine wenig sympathische Erscheinung, und man wird sein Vorgehen ebensowenig verteidigen können, wie etwa die sittlichen Grundzüge des Industriellen, der erklärt, die Löhne seiner Arbeiter „abzubauen“ zu müssen, weil sein Betrieb die Belastung nicht mehr erträgt, während er selbst

betrunken die moralische Verantwortlichkeit aufheben, dann wird es wohl auch einmal vorkommen, daß irgend ein verzweifelter Prolet, dessen tägliche Arbeitslosenunterstützung gerade nur noch auf einen Laib Brot reicht (den er vor dem Kriege 2,40 Heller bekommen hat), innerlich zusammenbricht und vielleicht eine Handlung begeht, mit der er sich und seiner Familie schadet. Niemandem fällt es natürlich ein, das Vaster des Alkoholismus rechtfertigen oder beschönigen zu wollen; nur vergessen darf man nicht, daß dieses Vaster heute ebensowenig in den sozialen Verhältnissen wurzelt, als zur Zeit, in der Friedrich Engels sein Werk über die Lage der arbeitenden Klassen Englands“ schrieb, in dem freilich das Märchen von dem „moralisch verlotterten“ Arbeiter und dem „tugendhaften“ Unternehme seinen Platz gefunden hat.

Fr. L.

Abgeordnetenhaus.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war vormittags und nachmittags ausgefüllt mit der Debatte über die Kulturgruppe. Die Ausführungen aller Redner zeigten, wie stark auch die kulturelle Reaktion in diesem Staate geworden ist und wie notwendig es sein wird, sich ihr mit aller Kraft entgegenzusetzen. Wagten es doch die Merkmalen, offen für die konfessionelle Schule einzutreten. Am Abend wurde in die Verhandlung der wirtschafts- und sozialpolitischen Gruppe eingegangen, die die Ressorts des Handelsministeriums, Post und Telegraphen, Eisenbahnen, Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten, soziale Fürsorge, Erziehung und Gesundheitswesen umfaßt.

Im Abgeordnetenhause tagte ferner um zwei Uhr nachmittags ein Ministerrat. Vorher fanden Beratungen einiger Koalitionsparteien sowie des Exekutivauschusses der Koalitionsparteien unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Seifla statt.

Die Sitzung wurde vom Präsidenten Somaschl um 10 Uhr 10 Min. eröffnet.

Als erster Redner führte Abg. Pittinger (W. d. Landw.) aus: Da dieser Staat nicht auf Recht und Gerechtigkeit und auf der einzig festen Grundlage der Wahrheit aufgebaut ist, sondern auf der angemaßten Gewalt, auf Unrecht und Unwahrheit (Redner wird vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen) kann dieser Staat einer Konsolidierung nicht entgegengehen. Auch auf sozialem Gebiete kann von einer Konsolidierung des Staates nicht gesprochen werden in einem Staate, wo Hunderttausende arbeitslos sind, wo ein ungeheures Wohnungsfeud herrscht, während Milliarden hinausgeworfen werden für den Bau von Kasernen und wo der Staat selbst der Wucherer und Ausbeuter der Bevölkerung ist. (Redner erhält für diese Worte den zweiten Ordnungsruf.)

Der nächste Redner Abg. Jaska (tsch. Soz.-Dem.) trat für den Ausbau des Volksschulwesens ein und forderte eine angemessene Unterstützung der tschechischen Minderheitsschulen. Die Schulforderungen der Deutschen wies der Redner als unbegreiflich zurück und legte den deutschen Sozialdemokraten nahe, auf ihre Wiener Genossen einzuwirken, damit das tschechische Schulwesen in Wien nicht nutzlos gehemmt werde. Zum Schluß trat er dafür ein, daß dem Turnwesen sowie der Ausbildung der Journalisten größere Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Abg. Stejskal (Wob.-Partei) befaßte sich hauptsächlich mit dem tschechischen Schulwesen in Mähren und nahm dann in entschiedener Weise Stellung gegen die Errichtung einer Aktiengesellschaft zur Erschließung des mährischen Karstes bei Brünn.

Nach dem Abg. Borozdy (ung.-deutsch. Soz.-Dem.), der die Vernachlässigung des magyarischen Schulwesens in der Slowakei einer vernichtenden Kritik unterwarf und auf die Kasernenbauten in der Slowakei hinwies, sprach die

Abg. Rosol (tsch. Nat.-Dem.), die sich ebenfalls gegen die Schulforderungen der Deutschen wandte.

Abg. Peterfika (d. Christl.) beklagt sich über die andauernde Drosselung der deutschen Volksschulen.

Abg. Houzel (Kommun.) bezeichnet die Kirche als die rechte Hand des Kapitalismus und dessen getreueste Hüterin. Sie werde bald beweisen, daß sie einen Staat im Saate bilde.

Abg. Dr. Uhlir (tsch. Soz.) erblid in Schulministerium „trotz Angeschuld“. Die Kritik der slowakischen religiösen Schulen ist ein finanzieller Luxus. Der Fortschritt der Schulen läßt zu wünschen übrig.

Abg. Dr. Redinger (parteilos) erklärt, es sei nicht gerechtfertigt, daß die Ausgaben für Studentenwohnungen auf das Investitionskonto der deutschen Universität gesetzt werden, zumal die Kosten für die Wohnungen der tschechischen Studenten immer aus anderen Posten des Budgets aufgerechnet wurden. Ein neuer botanischer Garten ist von der Universität nie verlangt worden. Nach Abzug dieser beiden Posten bleiben also von der Investitionssumme für die deutsche Universität von 1.900.000 K an ausbleibenden Investitionen nur 700.000 K übrig. Dieser Summe stehen 23.500.000 K für die tschechische Universität gegenüber. Auch auf dem Gebiete der bildenden Kunst, des Kunstgewerbes und des Fachschulwesens, scheint die Tendenz des Ministeriums und des langsamen Absterbens zu

die Stabilisierung der Mark und gegen den Achtstundentag öffentlich Stellung genommen habe. Die Regierung Cuno bedeute keine Lösung der Krise, sondern lediglich einen Notbehelf. In einem Lande, in dem die Parteien so festgefügt seien wie in Deutschland, gebe es keine überparteiliche Regierung. Das Kabinett Cuno sei nur das Feigenblatt der bürgerlichen Parteien. Fremden erzeuge es, daß der neue Kanzler nur nebenbei erwähnt hat, die Regierung stehe auf dem Boden der Verfassung. Wo bleibt das starke Bekenntnis zur Republik, wie Ulrich es betonte? Cuno verspricht den Abbau der Zwangswirtschaft. Soll die deutsche Wirtschaft der Monopolisierung durch die Schwerindustrie und die Großagrarier ausgeliefert werden? Die Produktion muß gesteigert werden, dieser Meinung sind auch die Sozialdemokraten, aber nie werden sie zugeben, daß am Achtstundentag gerüttelt werde. An einzelnen Mitgliedern des Kabinetts kritisiert Genosse Breitscheid dann den nichtrepublikanischen Charakter der neuen Regierung. Müller „von“ sei ein ererbter Agrier und ein Feind der Republik. Er stand 1919 an der Spitze der Bewegung, die die Rheinlande vom Reich lösen wollte. Von allen Parteien sei dieser Plan damals als Landesverrat bezeichnet worden und es sei unerhört, daß so ein Mann in der Regierung stehe. Ihm gleichwertig sei der Wirtschaftsminister Becker, der die Politik Wiens immer bekämpft hat und für eine kapitalistische Wirtschaftspolitik und gegen die Arbeitslosigkeit zu erwarten. Der Außenminister Rosenberga werde als der geistige Vater der Friedensschlüsse von Vrest-Litowsk und Bukarest bezeichnet, das sei eine schlechte Empfehlung für einen Außenminister der deutschen Republik. Die Sozialdemokraten erwarten, daß alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, die zu einer Verständigung mit den westeuropäischen Staaten führen können. Besonders die Aussöhnung mit Frankreich sei eine Lebensnotwendigkeit für Europa und die ganze Welt. Die Sozialdemokraten könnten ihren Standpunkt mit den folgenden Worten präzisieren: Wir billigen es, daß die Regierung ihre Politik auf die Note vom 13. November aufbauen will, aber wir haben kein Vertrauen darauf, daß sie es auch leisten kann. Die Rede Breitscheids machte starken Eindruck auf das ganze Haus und fand starken Beifall. Hieraus sprachen bürgerliche Abgeordnete, die Sitzung wurde spät am Abend geschlossen.

Der Minister als Hochverräter.

Abg. Sollmann (Soz. Dem.) erklärte, im Jahre 1919 hätten sich die rheinischen Vertreter aller Parteien verständigt, daß eine Volksabstimmung über eine Loslösung von Preußen die schwerste Gefahr bedeuten würde und darum wurde für diese Abstimmung eine zweijährige Sperrfrist festgelegt. Gegen diese Sperrfrist leitete Dr. Müller-Bonn eine Bewegung ein, die der Verfassung zuwider sofort eine Volksabstimmung vornehmen wollte. Er war Leiter des Aktionsausschusses.

Reichskanzler Cuno erklärte, er könne im Augenblicke hierauf nicht eingehen. Der Fall werde objektiv untersucht und das Ergebnis dem Hause mitgeteilt werden.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der neue Ernährungsminister Dr. Müller-Bonn morgen bei der Fortsetzung der Debatte mit Rücksicht auf den Vorwurf der Sozialdemokraten nicht mehr erscheinen wird.

Ein schlechter Anfang.

Berlin, 24. November (Eigenbericht). Das Kabinett Cuno hat nicht gewagt, eine positive Vertrauensstimmgebung vom Reichstag zu verlangen. Es begnügt sich mit der Formel: „Der Reichstag billigt es, daß die Reichsregierung die Note vom 13. November zur Grundlage ihrer Politik machen will.“ Aus außenpolitischen Gründen stimmt die Sozialdemokratie für diese Formel. An ihrer grundsätzlichen Stellung gegen das Kabinett Cuno ändert sich nichts.

Inland.

Ergodnis der deutschen Abgeordneten aus dem Wehrausschusse.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Wehrausschusssitzung stand der Bericht über das im Senat beschlossene Gesetz, betreffend die Gewährung von Vergünstigungen für Familienerhalter. Zu § 2 beantragte Abgeordneter Genosse Joll, ein Ziehkind dem eigenen gleichzusetzen. Ferner beantragt er, daß auch im Falle der ersten Ehebewilligung die Vergünstigung im Falle der Erhaltungspflicht der Eltern oder Großeltern zugebilligt werden soll. Ohne Debatte wurden die Aenderungsanträge abgelehnt. — Abgeordneter Mayer wendet sich bei § 3 gegen die Beschränkung der Vergünstigung auf die Besitzer kleinerer und mittlerer Landwirtschaften und gewerblicher Unternehmungen. Er beantragte die dementsprechende Aenderung. Abgeordneter Joll erklärte, diesen Anträgen nicht zustimmen zu können. In Oesterreich wurde dieses Gesetz zur Erteilung von Vergünstigungen an Großbauern verwendet. Jetzt soll aber die Vergünstigung in erster Linie den Kleinbauern zukommen. Abg. Mayer zog hierauf seine Anträge zurück und der § 3 wird unverändert angenommen, ebenso der § 4. Bei § 5 beantragte Abg. Mayer die Ausdehnung der Frist zur Anmeldung auf zwei Monate. Der Antrag wird abgelehnt. Abg.

Abg. Koudnietsch (Hsch. Alex.) tritt für konfessionelle Schulen ein.

Abg. Stimm (d. Nat.-Soz.) beklagt sich über die Hintansetzung und Benachteiligung der Deutschen im Schulbudget.

Abg. Grill (Hsch. Soz.-Dem.) behandelt slowakische Schulfragen und fordert die Verstaatlichung der slowakischen Lehrkräfte.

Abg. Szarwat (Hsch. Limes) sagt, daß die Trennung von Kirche und Staat unbedingt durchgeführt werden müsse. Alle sozialistischen und fortschrittlichen Elemente müssen sich mit aller Vehemenz gegen die kulturelle Reaktion zur Wehr setzen.

Abg. Teberka (Hsch. Nat.-Dem.) bespricht das Gewerbebeschulwesen.

Abg. Housler (Komm.) vermißt an den Schulen modernen Geist und bemängelt die hohe Schülerzahl in den Klassen. Noch heute gilt die vor 83 Jahren herausgegebene Verordnung, daß in einer Klasse 80 Schüler sitzen dürfen.

Abg. Nypor (Hsch. Nl.) beklagt sich über die Polittisierung der Schulen.

Abg. Wenzel (d. Nat.-Soz.) sagt u. a.: Statt Einfuhr von billigen Waren haben wir Einfuhrverbote, statt Freiheit wurde eine chinesische Mauer um diesen Zwergstaat gebaut.

Nachdem noch Abg. Rosel (Hsch. Nl.) gebrochen hatte, schloß der Vorsitzende die Sitzung um 9 Uhr abends.

Das Finanzbudget.

In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses führte Genosse Fischer unter anderem aus:

Wenn die Abgeordneten in einer so kurzen Frist, wie es hier zur Erledigung des Voranschlags gestattet ist, ein Budget von 19 Milliarden Kronen in seinen Einnahmen- und Ausgabenposten prüfen sollen, so ist die erste Voraussetzung, daß in diesem Voranschlag Klarheit und Uebersichtlichkeit herrscht und daß den Abgeordneten die Möglichkeit der Kontrolle auf die Wahrscheinlichkeit der Ziffern des Budgets gegeben werde. Da ist zu konstataren, daß bei dem uns vorgelegten Budget alle diese Voraussetzungen fehlen. Wir finden Posten, die zusammengehören würden, überall verstreut:

Posten der Militärverwaltung finden sich in den meisten Kapiteln der übrigen Ministerien, die Direktion der Staatskassendirektion über 3 Millionen Kronen erfordert, ist nicht im Kapitel Staatskassendirektion veranschlagt, sondern im Kapitel Finanzministerium veranschlagt. 300 Millionen im Finanzministerium 676 Millionen ausgewiesen, aber wer da glaubt, daß das die ganze Summe ist, mit welcher unsere Ein- und Ausgabe belastet ist, irrt; wir finden 30 Millionen Kronen für die Ausfuhrprämie für Rohle im Ministerium für öffentliche Arbeiten und eine weitere Summe von 60 Millionen Kronen für Ein- und Ausfuhrbewilligungen im Handelsministerium.

Es mangelt jede Uebersicht über die Wirtschaft in den Staatsberichten. Dieser große Mangel, der schon immer zum Gegenstande der Kritik bei den Vorlagen des Budgets gemacht wurde, ist auch endlich der Regierung zum Bewußtsein gekommen und sie hat in dem vorgeschlagenen Voranschlag Hilfe versprochen. Es heißt im Kapitel 4 des Finanzgesetzes: Die Art der Verwaltung der staatlichen Betriebe, Anstalten u. dgl., welche nicht vorwiegend administrativen Charakter haben, wird gleichzeitig mit einem besonderen Gesetz geregelt, daß einerseits dieses Finanzgesetz ergänzt, andererseits die Struktur des Staatsvoranschlags für die Zukunft festlegt. Wie hat die Regierung ihre Versprechen eingehalten? Sie hat uns den Gesehentwurf Dr. 3826, übermittelt. Sie werden in diesem Gesehentwurf vergeblich suchen nach einem Wort über die Struktur der nächsten Budgetierung und wir haben anstatt Tatsachen auch in dieser rein formalen Richtung ebenfalls nur Versprechungen erhalten.

Aber es ist sicher, daß nicht nur die Verfassung des Voranschlags an sich, sondern ebenso die ganze Staatsverwaltung reformbedürftig ist und da wohl am meisten die Finanzverwaltung.

Die Verwaltung und vor allem die Finanzverwaltung ist durch eine Unsumme von Gesetzen, Steuerergänzungen und Verordnungen verunstaltet worden.

Die Reform der Staatsverwaltung ist also eine der dringendsten Aufgaben.

Sie wird ja auch von der Regierung sicher anerkannt. Sie werden jedoch ganz vergebens, trotz der Summe von 66,2 Millionen, welche die Regierung jetzt schon für die Reorganisation der Staatsverwaltung ausgeben will, nach einem Organisationsplan suchen. Wir müssen darauf bestehen, daß das Parlament als einer der wichtigsten Faktoren bei der Durchführung der Reorganisation der staatlichen Verwaltung mitzureden hat, daß diese Reform nicht dilettantisch, sondern ernstlich in Angriff genommen werde. Es muß ein Ausschuss gewählt werden, dem auch Fachleute beizugehen sind und ihm muß eine Frist zur Berichterstattung gesetzt werden. Wie notwendig die Reform ist, sehen wir schon, wenn wir einen Blick auf die Ausgaben der Finanzverwaltung werfen. 1820 Millionen Kronen geben wir für die Finanzverwaltung aus. Die Summe aller direkten Steuern ist noch um 15 Millionen Kronen höher, vorausgesetzt, daß diese Steuern halbtags richtig präliminiert sind. Denn wenn wir uns den Voranschlag der direkten Steuern ansehen, und da finden, daß die allgemeine Erwerbsteuer heute um 21 Millionen Kronen höher präliminiert ist, die besondere Erwerbsteuer mit 40 Millionen Kronen, steigen uns fast die Bedenken auf, daß

Der neue Balkanbund.

Nur „friedliche Tendenzen . . .“

Lausanne, 23. November. (Paras.) Die Verhandlungen der Balkanstaaten riefen unter den Konferenzteilnehmern ein großes Interesse, vor allem aber Mißtrauen bei den Türken hervor, welche befürchten, daß es sich um eine Erneuerung des gegen sie gerichteten Balkanbundes handle. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Balkanstaaten, daß Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland zwar im guten Einvernehmen miteinander leben, daß aber ihre Verhandlungen und Besprechungen gegen keinen Staat und auch nicht gegen die Türkei gerichtet sind. Stambuliski gab bei seinen jüngsten Besuchen in Belgrad und in Bukarest Erklärungen betreffend die auswärtige Politik Bulgariens ab und reichte seinen Nachbarn die Hand, welche diese nicht zurückwiesen. Auch Po-

litis nahm mit dem rumänischen, dem serbischen und dem bulgarischen Rabinette Fühlung. Es ist demnach natürlich, daß die Balkanstaaten gemeinsam die Lösung der Frage berieten, wie Bulgarien der Ausgang zum Ägäischen Meere zu sichern wäre und ob nicht die Bahn nach Dedeagatsch nach Art der Donaukommission unter eine internationale Verwaltung zu stellen sei. Wollte man behaupten, daß der Balkanbund gegen irgend einen Staat gerichtet sei, so würde dies ein vollkommenes Nichtverständnis seiner Ziele, namentlich aber der Politik Jugoslawiens und Rumäniens, bedeuten, deren Ziel auf der Lausanner Konferenz darin besteht, am Balkan einen festen Frieden herzustellen und die volle Freiheit der Meerengen zu sichern.

Parlamentsbeginn in London.

Ramsay-Macdonald als Oppositionsführer.

London, 23. November. (Wolff.) Die heutige jährliche Eröffnung des Parlaments durch den König erfolgte mit dem ganzen Glanze der Vorreitzeit. Die Debatte über die Thronrede begann im Unterhaus in der üblichen Weise. Die Arbeiterführer und die vormaligen liberalen Minister teilten sich in der vorderen Oppositionsbank, während Lloyd George und die anderen Nationalliberalen weiter rückwärts saßen.

Ramsay-Macdonald erklärte, die frühere Regierung sei eines Völkermordes gestorben. Sie hat sich hierauf in die Garderobe zurückgezogen, einige haben ihre alten Kleider und ihre Namen ausgetauscht und jetzt stehe man ihnen wieder gegenüber. Bonar Law habe eine doppelte Rolle gespielt; zuerst als einer der verantwortlichen Mitglieder der früheren Regierung und dann als Haupt einer neuen Regierung, und er sei nun in der Lage, seine eigenen früheren Taten zu kritisieren. Die Erklärung in der Thronrede über die Arbeitslosenfrage sei für die Arbeiter sehr unbefriedigend. Die Arbeiterpartei sei an den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die die frühere Regierung unternimmt hat, nicht interessiert und werde sehr bald durch einen Abänderungsantrag zeigen, was getan werden könne. Macdonald forderte den Ministerpräsidenten auf, etwas zu tun, um die Erregung zu beschwichtigen, die infolge seiner Weigerung, die Arbeits-

losen zu empfangen, entstanden sei. Er beglückwünscht Bonar Law und seine Regierung dazu, daß sie an der Vereinhung des Vertrages von Sevres teilgenommen haben, der eines der größten Denkmäler menschlicher Eitelkeit und Torheit sei. Macdonald fragte weiters, welches die Haltung der Regierung gegenüber Rußland sei und ob sie beabsichtige, Rußland als vollberechtigten Teilnehmer an den Erörterungen der Orientkonferenz anzuerkennen oder nicht. Die Arbeiterpartei erkenne, daß hinter der Szene in Lausanne die verborgenen und mächtigen Hände der Petroleuminteressenten tätig sind.

Bonar Law erklärte, über die auswärtigen Angelegenheiten so gut wie keine Auskunft geben zu können. Es seien sehr heisse Verhandlungen, aber doch keine geheime Diplomatie. Das Ziel der Regierung sei der Friede und bisher bestmögliche alle Ausschüsse, ihn durch das einzig mögliche Mittel, nämlich das der Uebereinkünfte mit den Alliierten Englands, zu erhalten. Ueber den irischen Vertrag sagte Bonar Law er könne nur durch eine lokale Ausführung von beiden Seiten gewahrt werden. Großbritannien wünsche nicht, in Mesopotamien zu bleiben, soviel Del dort auch zu finden sein möge. Es habe gewisse Verpflichtungen, denen es sich nicht entziehen könne und die jetzt von der Regierung erwogen würden.

es möglich sein wird, im kommenden Jahre solche Steuererhöhmungen einzunehmen. Fast noch krasser ist das Verhältnis bei der Einkommensteuer. Im heutigen Jahre ist diese mit 633 Millionen, im nächsten Jahre mit 801 Millionen Kronen eingestellt. Noch gewaltiger ist die Steigerung bei der Rentensteuer, 50 Millionen gegen 29 Millionen im heutigen Jahr. Wir wissen nicht, worauf diese ganz gewaltige Steigerung zurückzuführen ist. Denn es sind auch die Lantienmen an die Verwaltungsgerichte anstatt mit 20 Millionen mit 22 Millionen Kronen Steuern präliminiert. Was wäre das nur ein Beweis, daß in der Zeit der Wirtschaftskrise das Bankkapital und die Herren Millionäre auch heute noch sehr gute Geschäfte machen.

Das Budget für Karpathoruhland.

Karpathoruhland zeigt aber das Gegenteil. Während in Böhmen, Mähren und Schlesien die Steuern, die ich angeführt habe, einen Mehrbetrag von 250 Millionen Kronen bringen sollen, ist in Karpathoruhland die Summe der direkten Steuern von 10 auf 6 Millionen herabgesetzt worden. Im diesjährigen Budget sind die Ausgaben für Karpathoruhland separat angeführt.

Es betragen dort die Gesamteinnahmen 50 Millionen und die Ausgaben 36 Millionen oder 72 Proz. der Gesamteinnahmen. Aber es ist interessant einmal das gesamte Budget dieses Ländchens näher zu untersuchen. Da finden wir Gesamtausgaben von 396 Millionen und Gesamteinnahmen von 230 Millionen Kronen, also ein Defizit von 166 Millionen Kronen, in diesem Gebiet mit seinen 20.000 Einwohnern. Damit sind die Ausgaben des Ministeriums des Innern, für Gendarmerie und nationale Verteidigung noch nicht eingerechnet.

Die Zölle.

Nun gestalten Sie einige Bemerkungen zu den Zöllen. Wir haben eine Gesamteinnahme der Zölle, Karpathoruhland hinzugegerechnet von 679 Millionen Kronen, das sind 145 Millionen Kronen mehr als im Jahre 1922. Es gibt der Staat für Grenzfinanzämter, Zollämter und Zollridersetzungen 220.505.297 Kronen, rund 30 Prozent der gesamten Zolleinnahmen wieder für die Verwaltung aus. Dazu ist im Investitionsbudget noch ein Posten von 85 Millionen für Erbauung neuer Zollämter. Aber weit schlimmer ist es, wenn man Karpathoruhland in diesem Punkte allein betrachtet. Da betragen die Ausgaben der Zollverwaltung allein 15 Millionen Kronen, die Einnahmen aber nur 3 Millionen Kronen, also ein Defizit von über 12 Millionen.

Wir haben die Tatsache, daß die Einhebung fünfmal mehr kostet als der Steuerertrag ausmacht. Wir wenden uns gegen die Zollpolitik dieses Staates welche immer mehr zu einer Schutzzollpolitik wird. Die Zoloeffizienten sind bereits

des Finanzgesetzes, das Finanzgesetz bestimmt im Artikel 2, daß alle Einnahmen, sowohl die ordentlichen als auch die außerordentlichen nur zu den in den einzelnen Kapiteln angegebenen Zwecken verwendet werden dürfen. Es hätte also, um Ueberschüsse, die in einzelnen Ressorts erzielt werden, für Investitionszwecke zu verwenden, das Parlament befragt und seine Zustimmung eingeholt werden müssen.

Das Schulbudget.

Aus der Rede des Abg. Hoffmann in der Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses:

Von den 19.370.980.639 Kronen, die die Staatsausgaben ausmachen, entfallen auf die „notwendigen“ Ministerien weitaus mehr als auf jene Ministerien welche nicht als so notwendig erscheinen. Die Ministerien des Innern, der Landwirtschaft und des Handels haben namhafte Steigerungen erfahren, während andere nicht so „notwendige“ Ministerien sich Abstriche gefallen lassen müssen; z. B. entfallen auf das Ministerium für Landwirtschaft und 773,9 Millionen, aber auf das Ministerium für soziale Fürsorge 735,8 Millionen Kronen. Für geistige Ausbildung, sind ausgewiesen rund 889 Millionen, oder etwa 4,6 Prozent der gesamten Staatsausgaben. Selbstverständlich müssen die Mehrheitsparteien dafür sorgen, daß dieses System gestützt wird. Und was könnte eine bessere Stütze sein als Militarismus, Säbel und Polizeiknüppel. Und so erfahren wir denn, daß z. B.

die Ausgaben für den Militarismus 14,9 Prozent der Staatsausgaben ausmachen.

Wir finden auch in der jungen Staatgeschichte eine wundervolle Darstellung von Versprechungen und Verheißungen. Man nehme nur den ersten Paragraphen des Verfassungsgesetzes vom 29. Jänner 1920 oder den Motivenbericht zum Paritätsgesetz vom 23. Mai 1919. Verheißungen haben wir in großer Menge, leider aber sind sie nicht verwirklicht worden. Es ist uns verheißungen worden die Trennung der Schule von der Kirche, die Trennung der Kirche und des Staates und anstatt dessen erleben wir eine Steigerung für die Kultuszwecke um 9 Millionen.

Das Schulwesen.

Die Schule ist ein wichtiges und notwendiges Kulturinstrument, ein Werkzeug zur Aufklärung und Bildung der Massen. Aber bei diesem Staat wird alles und jedes vergiftet. Einmal durch die rückwärtigen Tendenzen und zum andern durch den nationalstischen Einschlag, der sich natürlich auch in unserem Schulwesen breit macht. Die deutsche Unversität und die deutschen technischen Hochschulen erhalten im Jahre 1923 einen Beitrag von etwa 24.058 Millionen, während auf die tschechische ein Betrag von 101 Millionen und noch etliche 468.000 Kronen entfällt. Es erhalten: die Prager tschechische Hochschule 8,5, die deutsche Hochschule rund 4,3 Millionen, die Brünnener tschechische Hochschule ist mit 17,6, die Preßburger mit 6,9 Millionen dotiert. Darin ist die Benachteiligung des deutschen Hochschulwesens ausgedrückt, die sich natürlich auch an allen anderen Unterrichtsanstalten zeigt. Eine deutsche Handelshochschule gibt es nicht. Die Bergakademie in Příbram ist mit 2,5 Millionen dotiert. Die Deutschen haben überhaupt keine. Die Tierärztliche Hochschule ist mit 5,5 Millionen dotiert. Die Deutschen haben da vielleicht die landwirtschaftliche Akademie in Lettschen-Viehdorf, die vom ganzen Aufwand für das Hochschulwesen 425.000 Kronen als einen Papentitel erhält. Nicht anders oder ähnlich ist es mit den deutschen Mittelschulen. Die Kosten für eine deutsche Mittelschule stellen sich auf etwa 294.000, für eine tschechische auf 374.000 Kronen. Genau so ist es auch bei den übrigen Schulen, es trifft das auch zu bei den Lehrerbildungsanstalten.

Redner sprach sodann über die Aufwände im Budget für die Mittelschulen und er brachte den Beweis, daß in der Frage der Handelsakademie die Deutschen in diesem Staate stark benachteiligt werden. Redner verwies sodann auf die Schuldrösselungen, die allen logischen Erwägungen zum Trotz in den deutschen Gebieten durchgeführt werden, da infolge der Kriegsjahre jetzt ein Rückgang der Schüleranzahl aufzuweisen ist. Als besonders traurigen Fall führt er die Schuldrösselungen im Gablonzer Schulbezirk an. Die Bevölkerung dieses Bezirkes, die infolge der Wirtschaftskrise und unter fortwährenden Entbehrungen leiden mußte, ist gezwungen ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen Hunderte von Kindern in unzulängliche Schulklassen gepfercht sind.

Die Frage der Landesschulräte.

Eine zweite außerordentlich brennende Frage sei die Frage der Auflösung beziehungsweise Neubildung der Landesschulräte. Wenn sie erfolgt, dann müsse die nationale Trennung in deutsche und tschechische Abteilungen aufrecht erhalten bleiben. Redner führt weiter aus: „Wir sind sehr gespannt darauf, wie die tschechischen Sozialdemokraten sich zu dieser Forderung stellen werden, denn am 4. April dieses Jahres haben sie selbst diese nationale Sektionierung der Landesschulräte anerkannt, indem sie einen Beschluß gefaßt haben, der besagt, daß die Landesschulräte heute nicht mehr sind als sie waren. Die nationale Sektionierung sei zu einer wirksamen Schulverwaltung unbedingt notwendig.“ Die Landesschulräte stellen in den nationalen Abteilungen sozialgenossen den letzten persönlichen Rest der kulturellen Selbstverwaltung dar. Wir werden selbstverständlich dafür eintreten, daß dieser letzte Rest uns erhalten bleibt und nicht bedroht wird. Die Arbeiterschaft wird an ihren Schulen nicht rühren und nicht rütteln lassen.

im Dezember vorigen Jahres endgültig veröffentlicht worden. Seitdem haben wir doch bei sehr vielen Waren eine nicht unbeträchtliche Verbilligung zu verzeichnen. Der Stand des Kronenkurses ist im damaligen Wertverhältnis gegen heute 1 : 2,6. Selbst die Handelskammern, die sonst immer die berufensten Vertreter der Hochschulgoltpolitik waren, haben auf ihrer letzten Tagung eine Zollermäßigung von 30 Prozent als notwendig erachtet. Der Finanzminister aber trägt im Budget diesem Verlangen durchaus nicht Rechnung und erklärt, daß er die Höhe des jetzt geltenden Zollfußes als Kompensation für den Abschluß neuer Handelsverträge in der Hand behält. Wir haben bisher nur seitens des Ackerbauministeriums in der Zollfrage eine klare präzise Erklärung erhalten. Er tritt dafür ein, entweder die Industriezölle weg, oder Agrarzölle neu einführen. Zum Teil haben wir sie schon. Wir werden aber gegen jede solche Bestrebung, die auf nichts anderes hinausläuft als die Lebenshaltung der Arbeiter, die infolge der Wirtschaftskrise ohnedies fast unerträglich ist, weiter zu bestehen, uns auf das schärfste wenden, denn der Ruhen dieser Zölle würde nur von den Großagrariern eingeschlagen werden. Wir verlangen, daß die Zollmauern, mit denen sich die Tschechoslowakische Republik immer mehr und mehr umgibt, abgebaut werden.

Investitionen.

Die Regierung hat 2000 Millionen Kronen an Investitionen ausgeworfen, die im nächsten Jahre durchgeführt werden sollen. Wir würden es liebhaft begrüßen, wenn es möglich wäre, diese Summe tatsächlich für Investitionen ausgeben zu können. Gerade hier haben wir aber kein Programm, sondern sind rein auf fiktive Ziffern angewiesen. Wir haben es gesehen bei der Bauanstalt, welche die Bautätigkeit beleben sollte, die aber ein volles Fiasko gebracht hat: 85 Millionen anstatt der erhofften 1000 Millionen Kronen.

Wir verweisen beim Kapitel Investitionen auf die arge Vernachlässigung der deutschen Gebiete. Gerade dort, wo es am allerdingendsten nötig ist, Arbeit zu schaffen, in den großen deutschen Industriegebieten, sollen ganze 8 Prozent dieser Investitionskredite ausgegeben werden. In den 3 nordböhmischen Bezirken Warnsdorf, Humburo und Schludenan, finden wir ganze 100.000 Kronen eingestellt.

Der Herr Generalsekretär hat über die im Vorjahre und heuer durchgeführten Investitionen berichtet. Es sollen verbaut und für Investitionszwecke verwendet worden sein im Jahre 1921 1812 Millionen und im Jahre 1922 bis jetzt zusammen 2878 Millionen. Davon sind gedeckt worden durch die Verkehrsanleihe, Bauanleihe, Elektrizierungsanleihe und aus der englischen Anleihe zusammen 1678 Millionen, 1194 Millionen sind durch Vorschüsse aus der Staatskasse gedeckt worden. Das ist eine offene Verletzung

Tages-Neuigkeiten.

Für die nationale Sektionierung der Landes-schulräte. Der deutsche parlamentarische Schul-ausschuss hat in seiner Sitzung vom 23. November folgende Entschlüsse gefasst: Die Frage der Um-gestaltung der Landes-schulräte steht neuerlich in Verhandlung. Die tschechischen Koalitionspar-teien. Die Tatsache, daß man auch in dieser für die Lebensinteressen des deutschen Volkes so be-deutungsreichen Angelegenheit den Weg der Verhand-lung mit den deutschen Parteien nicht betritt, nimmt der deutsche parlamentarische Schulausschuss zum Anlaß, neuerlich mit aller Entschiedenheit seinen Standpunkt zur Um-gestaltung der Landes-schulräte zu erklären. Der Schulausschuss verschließt sich nicht der Notwendig-keit der Umgestaltung der Landes-schulräte in einer der allgemeinen Zusammensetzung öffentlicher Körperschaften in diesem Staate entsprechenden Weise. Unbedingt aber beharrt er auf ihrer nationalen Sektionierung. Der Grund-satz, daß jedes Volk über seine Schulen selbst bestimmen soll, ist das höchste Kulturbedürfnis eines Volkes, eine Forderung, der sich kein demokratischer Staat verschließen darf. Vor der ganzen Welt muß der Staat, der mehrere Volks-stämme zu seinen Bewohnern zählt, als von der rück-schrittlichsten demokratischen Auffassung besetzt erscheinen, der nur dem Mehrheitsvolke die Selbst-bestimmung für seine Schule gibt, den Minder-heitsvölkern aber jeden Einfluß darauf entzieht. Die tschechoslowakische Regierung hat mit ihrer Schulgesetzgebung die ehemalige Autonomie der Deutschen im Schulwesen auf den kleinsten Rest beschränkt, den die gegenwärtige Sektionierung der Landes-schulräte darstellt. In deren Aufhebung würde die deutsche Bevölkerung, die durch die fort-gesetzten Eingriffe bereits in die höchste Erregung ver-setzt wurde, nur eine abschließliche Verschärfung des Kampfes der Regierung gegen das deutsche Schulwesen erblicken. Der deutsche parlamenta-rische Schulausschuss erklärt daher, daß jede wei-tere Schwächung des geringen Restes der Schul-autonomie auf den schärfsten Kampfes-willen der deutschen politischen Parteien und des deutschen Volkes stoßen wird.

Vor dem Ende des „Streiks“ der deutsch-völkischen Studenten. Auf Grund des gestern veröffentlichten Beschlusses des akademischen Senates und über Anregung aus seinen Kreisen, traten im Laufe des gestrigen Tages Vertreter sämtlicher deutscher politischer Parteien zu einer Beratung zusammen, in der allseits der Bereit-willigkeit Ausdruck gegeben wurde, durch Ein-flußnahme auf die verschiedenen Studentengrup-pen auf den ungestörten Studienbetrieb hinzuwirken.

Gegen die Unzulänglichkeiten bei der Zu-sammenstellung der Wählerlisten in Ostböhmen wendet sich eine Interpellation, die die Abgeord-neten Genossen Foll, Haas und Geeger in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht haben. In der Interpellation heißt es unter anderem: In den Gemeinden Ostböhmens haben die Mitglieder der Ortswahlkommissionen eine Instruktion erhalten, wonach Personen, die einen behördlichen Ausweis über ihre tschechoslo-wakische Staatsbürgerschaft nicht vorweisen können, in die ständigen Wählerverzeichnisse nicht aufgenommen werden sollen. Diese Bestimmung ist gegen jene gerichtet, welche ihre Staatsbürgerschaft auf Grund des Beschlusses des Volkskammer-s vom 28. Juli 1920 erworben haben, bis jetzt aber eine Bestätigung dieser Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Da ist folgende Erwägung am Platze: Es kommen zuerst in Betracht Per-sonen, die laut des oberwähnten Beschlusses vom 28. Juli 1920 und laut der Beschlüsse der tschechoslowakisch-polnischen Delegation die Staats-bürgerschaft ipso iure auf Grund der Heimat-zuständigkeit seit dem 1. Jänner 1914 oder auf Grund des Domizils seit dem 1. Jänner 1908 erlangt haben. Diese Personen sind Staatsbürger, ohne daß sie erst notwendig hätten, eine Entsch-eidung oder Bestätigung von einer Behörde einzu-holen. Wohl haben viele, obwohl sie dazu nicht verpflichtet waren, um eine Bestätigung ihrer Staatsbürgerschaft bei der politischen Behörde ange-sucht; in den meisten Fällen sind aber bis heute keine Erledigungen dieser Gesuche gefolgt, so daß diese Personen, wiewohl sie wirk-lich Staatsbürger sind, eine Bestätigung über ihre Staatsbürgerschaft nicht vorweisen können. Diejenigen, welche auf Grund der Entscheidung vom 28. Juli 1920 und der Beschlüsse der tschechoslowakisch-polnischen Delegation optionsberech-tigt sind, können sich ebenfalls in den wenigsten Fällen mit einem Dokument über ihre Staats-bürgerschaft ausweisen, weil ihre Optionsgesuche, obwohl rechtzeitig überreicht, bisher nicht erledigt sind. Durch die eingangs zitierte Instruktion soll eine große Anzahl von Wählern aus den Wahl-listen ausgeschlossen werden, obwohl bei ihnen alle durch das Gesetz über die ständigen Wähler-verzeichnisse bestimmten Voraussetzungen zutref-fen. Nur weil sie eine behördliche Bestätigung über ihre Staatszugehörigkeit nicht besitzen, des-halb nicht besitzen, weil sie nicht besitzen sollen sie vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Die Bestätigung ist nur eine Formalität, auf dieser Formalität dürfen die Behörden nicht bestehen. Die Interpellanten fragen den Herrn Mini-ster des Innern: 1. Ist er bereit, an die Bezirkshauptmannschaften die Instruktion her-auszugeben, in welcher diesen Behörden aufge-tragen wird, jenen Personen, die ipso iure die Staatsbürgerschaft nicht besitzen, das Wahlrecht zuzuerkennen, wenn sie nachweisen können, daß sie seit dem 1. Jänner 1908 in einer tschechoslo-wakischen Gemeinde wohnen oder, daß sie seit dem 1. Jänner 1914 die Heimat-zuständigkeit in einer

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Vorläufig kein Gesamstreik.

Gestern tagte im „Libosy Dám“ in Prag, die von den koalitierten Bergarbeiterverbänden einberufene Reichskonferenz der Bergarbeiter, die von 65 Vertretern der Organisationen und Re-vierräten aller Bergbaugebiete der Republik be-schickt war, unter dem Vorsitz von Jarolim, Proxizil und Piskařovic. Die Referate über die gegenwärtige Situation und über die zu ergreifenden Maßnahmen erlauteten die Genossen Pohl und Proxizil.

Nach einer ausführlichen Debatte und nach den Schlusssätzen der Abg. Dragl und Pohl wurde nachstehende Entschliessung mit allen gegen 9 Stimmen angenommen:

I.

Die Reichskonferenz nimmt die Berichte über die in den einzelnen Revieren abgeschlos-senen Lohnverhandlungen zur Kenntnis. Ob-wohl die durch die Verhandlungen bewirkten Lohnherabsetzungen, dem von zwei Reichskon-ferenzen aufgestellten Grundsatz, „Lohnab-bau soweit als Preisabbau“ ent-sprechen, treffen sie doch die Lebenshaltung der Bergarbeiter, die nur drei bis vier Tage wö-chenlich beschäftigt sind, ungemein hart, so daß ihr Reallohn unter das Ausmaß der Vorkriegs-zeit sinkt.

Die bis jetzt erfolgten Lohnherab-setzungen haben einen besseren Absatz der Kohle, daher eine Milderung der Krise nicht geseitigt, so sehr dies auch von den Unternehmern in Aussicht gestellt wurde; im Gegenteile, Betriebsbeschränkungen und Ar-beiterentlassungen nehmen im Bergbau an-dauernd zu.

II.

Die Reichskonferenz stellt mit Entrüstung fest, daß entgegen allen Regierungsversprechen-gen zur Behebung und Milderung der Krise im Bergbau bisher nur die Bergarbeiter Opfer gebracht haben. Die Herabsetzung der Kohlen-preise ab 1. November l. J. entspricht mit Aus-nahme des Ostrauer Revieres kaum dem Werte der durchgeführten Lohnherabsetzungen. Die Kohle-npreise wurde teilweise sogar erhöht, aber auch in jenen Revieren und für jene Sor-ten, wo eine Ermäßigung eintrat, ist die-selbe kaum der Rede wert und für den Kohlenabsatz wirkungslos.

Die Konferenz protestiert mit aller Ent-schiedenheit, daß noch nicht einmal der Versuch gemacht wurde, die hohen Kohlenpreise herab-zusetzen, daß weder die Unternehmer noch der Staat zur Behebung der Krise im Bergbau irgend Kennenwürdiges beitrugen. Es besteht noch weiter die große Spannung zwischen Koh-lenpreisen ab Betrieb und Abgabepreise an die Konsumenten, die das Ausmaß aller Lohnkosten übersteigt. Die Bergarbeiter erklären durch ihre Vertreter auf der Reichskonferenz, daß der Grund-satz, „Lohnabbau soweit als Preisabbau“ nur insoweit und dann eingehalten werden könne, wenn alle Faktoren, die den Kohlenpreis

beeinflussen, besonders Unternehmer und Staat, mindestens Opfer im gleichen Ausmaß wie die Bergarbeiter bringen, um die Beschäf-tigungsmöglichkeit zu heben. Alle Opfer zu brin-gen lehnen die Bergarbeiter ab.

Zum Streik in Nordwestböhmen.

Die Reichskonferenz billigt das Vor-gehen der koalitierten Verbände bei den Lohnverhandlungen in Nordwestböhmen und nimmt die Beschlüsse der Betriebsräte-obmannerkonferenz in Brüz vom 19. Novem-ber, welche den Revierstreik zur Folge hatten, zur Kenntnis.

Die Reichskonferenz stellt ausdrücklich fest, daß die Verbände bei den geführten Verhand-lungen mit ihren Vorschlägen bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gingen und daher für den Streik ausschließlich das hartnäckige Festhalten der Unternehmer an ihren Bedingungen verantwortlich ist.

Die Konferenz bestätigt die Beschlüsse der Reichskonferenz vom 12. Oktober d. J., denen zufolge alle Reviere zur Solidari-tät verpflichtet sind.

Obgleich alle Bergarbeiter zur aktiven Solidarität jederzeit bereit sind, erklärt die Konferenz, daß mit Rücksicht auf die gegen-wärtigen Veränderungen am inländischen Rohleumarkt, vorläufig ein Gesamistreik aller Bergarbeiter weder im Interesse der streikenden Bergarbeiter Nord-westböhmen, noch der übrigen Re-viere gelegen ist.

Sollte sich die Situation derart ändern, daß die Arbeit in den anderen Revieren den Abwehrkampf der nordwestböhmenischen Berg-arbeiter ungünstig beeinflusst, oder Vorkehrun-gen zur Unterdrückung des Streikes bemerkbar werden, werden die koalitierten Bergarbeiter-verbände bevollmächtigt und beauftragt, gemäß der letzten Reichskonferenz den Gesam-tstreik zu proklamieren.

Für die sich möglicherweise ergebende Si-tuation wurden sodann noch einige interne Be-schlüsse gefasst und die Konferenz um halb 6 Uhr abend geschlossen.

Günstiger Stand der Verhandlungen.

Die Vertreter der koalitierten Bergarbeiterver-bände wurden gestern in das Ministerium für öffentliche Arbeiten berufen, wo ihnen ein Ver-mittlungsvorschlag des Arbeitsministe-riums unterbreitet wurde.

Nach längerer eingehender Beratung wurde die ebenfalls in Prag anwesende Unternehmergruppe ins Arbeitsministerium berufen. Nach längeren Beratungen erklärten sich beide Parteien mit eini-gen Vorbehalten bereit, den Vermittlungsvor-schlag als Verhandlungsergebnis anzuerkennen. Die Verhandlungen werden morgen Vormittag fortgesetzt und falls eine Einigung möglich ist, dürften sie auch morgen beendet werden.

solchen Gemeinde haben. 2. Das Wahlrecht der-jenigen Personen anzuerkennen, die Optionser-klärungen überreicht haben. 3. Allen diesen Per-sonen von den zuständigen Beamten in kurzem Wege die erforderlichen Bestätigungen auszu-sprechen?

Seine Majestät völlig ausgeplündert. Ein Wiener Telegramm des „Volksanzeiger“ berichtet, daß König Boris von Bulgarien bei einem Autounglück ohne Begleitung in der Nähe von Sofia von Räubern überfallen wurde. Nachdem die Räuber den König völlig aus-geplündert hatten, verschwanden sie.

Ein bestialischer Unteroffizier. Zu der Mel-dung, die wir unter diesem Titel am 21. d. M. der Brünner „Kronpost“ nachdrucken, erhalten wir vom Kommando der 1. Infanteriedivision in Prag folgende „Erklärung“: „Der Soldat der 3. Eskadron des Kavallerieregiment Nr. 7, Cenzl Stanek hat am 11. d. M. vom Rotmeister Ramec den Befehl erhalten, vier Sättel zu reinigen als Strafe dafür, daß er ein nicht gereinigtes Pferd hatte. Die Nachricht der „Kronpost“ von einer bestialischen Quälerei des Soldaten durch den genannten Unteroffizier, beruht überhaupt nicht auf Wahrheit, was auch die Aussagen der gesamten Mannschaft des 3. Zuges beweisen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Soldat Stanek sich am selben Tage bei den Soldaten weinend darüber beschwert hatte, daß ihm das Pferd in den Schenkel geschlagen hatte. Nachdem bei Stanek bemerkt wurde, daß er öfters an Nervenanfällen leidet, wurde er ärztlich untersucht. Es wurde bei ihm Syphilis und Epilepsie konstatiert und am 14. d. M. wurde er dem Divisionsspital in Brünn übergeben. Ebenso ist von der Behauptung, daß schon früher ein Soldat wegen der Behandlung durch den genannten Rotmeister einen Selbst-mord verübt hatte, beim ganzen Regiment nichts bekannt.“ — Wir wollen nun abwarten, was die „Kronpost“ zu dieser „Erklärung“ zu sagen hat.

Wie wird der Winter? In weitesten Kreisen glaubt man, daß auf einen heißen Sommer ein strenger Winter folge, während einem küh-len Sommer ein milder Winter entsprechen soll. Das läßt sich aber in dieser Ausschließlichkeit nicht behaupten. Wie der bekannte Meteorologe Prof. Ragner in der „Leipziger Illustrierten Zeitung“ aus-führt, spricht ein sehr strenger Winter in Erde

und Wasser soviel Kälte auf, daß dann im Früh-jahr und Sommer große Wärmemengen nötig sind, um einen Ausgleich zu schaffen. Nach dem kalten Winter von 1921 bis 22 folgte daher ein kühler Sommer. Auf einen sehr milden Winter hin gibt es meistens einen warmen Sommer, weil dann die Kälteansammlungen nicht bedeutend sind. Einem sehr warmen Sommer entspricht aber aus anderen me-teorologischen Gründen meistens ein folgender kalter Winter mit unangenehmen Ostwinden. Nach einem mäßig warmen Sommer haben wir einen mäßig milden Winter zu erwarten, und dies dürfte wohl in diesem Jahre der Fall sein.

Für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Sonntag, den 26. d. um 10 Uhr vormittags findet in der Prager Produktienbörse eine vom Verein tschech-slowakischer Mieter veranstaltete Manifestationskun-dgebung für die Revellierung bzw. Verlängerung des Mieterschutzes statt.

Ein Hochstaplerpaar aus Gablons. In Gablons lebte seit zwei Jahren ein Ehepaar Hoff-mann, das einen großen Haushalt führte und über-all den Eindruck zu machen verstand, daß die Geld-frage für sie überhaupt nicht existiere. Der Vater Hoffmanns war einmal ein reicher Bankier, seine Schwiegereltern sind Aktionäre der Prager Wäsche-fabrik „Erzós“. Solange nun die Schwiegereltern Geld schickten, hatte das Ehepaar Hoffmann keine Sor-gen. Und als das Geld aus Prag ausblieb — mach-ten sie sich auch keine Sorgen, sondern Schulden. Mit Schulden wurde eine neue Wohnung in Grünwald bei Gablons eingerichtet und Vergnügungstouren nach Deutschland und Oesterreich unternommen. Endlich ging den Gläubigern, die immer mit Nebenarten ab-gespeist worden waren, die Geduld aus — da war aber das famose Ehepaar aus Gablons verschwun-den. Unter den Gläubigern befinden sich durchwegs kleinere Geschäftsleute, sogar ein Oberkellner. Die Verfolgung des Hochstaplerpaares, das man in Prag gesehen haben will, wurde aufgenommen.

Kunst und Wissen.

„Das vierte Gebot“. Angenrubers Wiener Sitten-drama ist ein genial erfahres Stück Sozial-geschichte und, wenn man will, materialistische Geschichtsauffassung in künstlerischer Gestalt. So

reflos ist kaum je in einem Kunstwert Menschen-schaft und Menscheneinwirkung aus den wirt-schaftlichen Voraussetzungen abgeleitet worden, als kaum schwebt über jeder der Figuren die ökonomische Lage ihrer Klasse. Den importieren-nenden Fabrikanten, deren ererbte Staturlosigkeit im schreienden Gegensatz zu ihren finanziellen Mitteln steht, wird dieses Verhältnis ebenso zum stillen Vergnügen wie dem verfallenden Handwerkerpaar, entwurzelt oder noch nicht ent-wurzelt, hat weder der eine noch der andere Kraft und Fähigkeit, die junge Generation ins Leben und dessen dringende Gebote einzuführen. Ent-seelte, zwecklos, taumeln sie durch diese Welt, sie, die sie ausgehöhlt und ohne Lebensziel sind als Erzieher erben zu sollen, ist eine Forderung voll böser Ironie. Deshalb geht die Tochter der rei-chen Leute am törichtesten Gebot ihrer Eltern zu-grunde, deshalb verderben Sohn und Tochter des Handwerkerpaars Schalanter durch das schlechte Beispiel ihrer Erzeuger. Das kam mit doppelt erschütternder Kraft bei der donnerstägigen Auf-führung des Prager Deutschen Theaters zum Ausdruck, weil die Schalanter von Rudolf Tyrolt und Pepi Kramer-Glöckner in genial-schöpferischer Weise verkörpert wurden. Tyrolt, im Jahre 1890 der erste Schalanter Wiens, hat sich da, nach 32 Jahren, noch immer als kein unerreichtester Darsteller erwiesen, er spielte ihn nicht, sondern lebte ihn. Der Trinker, Heber, Kaufbold und Angeber waren in Maske, Ton und Gebärde schlechthin meisterlich einheitlich geschaut, die Wüste dieser Seele und dieses äußeren Dasein erschütterten, weil man hinter dem Individuum eine ganze, zum Tode verurteilte Klasse ahnte. Ebenso vollendet war die Gestaltung weiblicher Gemeinheit, die Pepi Glöckner bot, die Dirne und Kupplerin sprach aus jedem lästernen Wächeln, jedem dieser widerlich-aufreizenden Blide. Paul Förbiger, Hermine Medelsky und Rosa Monati ver-bollständigten den Kreis der Schalanter muster-gültig, von den Darstellern der Reichs sprechen wir lieber nicht. Den Genossen, die Sonntags zur Arbeitervorstellung gehen, steht trotzdem ein hoher Genuß bevor, wie ihn die Prager Bühne nicht oft zu bieten vermag. Denn es gibt nur einen Tyrolt. K.

Vortrag Georg Bernhard. Donnerstag sprach der Chefredakteur der „Voss. Zig.“ in der Urania in Prag über „Die europäische Währungszerstückelung“. Das Geld ist eine gesellschaftliche Schöpfung, jenes Gut wird als Tauschmittel gewählt, das sich allgemeiner Wertschätzung erfreut. Der Staat tritt nur beim Metallgeld zufolge des Vertrauens, das er doch ge-nießt, als Garant des Metallwertes der Geldstücke auf, kann aber — was er stets übersehen — den Geld-wert nicht imperativ bestimmen, sondern dieser ergibt sich nur aus dem Vertrauen, das dem Gelde entgegen-gebracht wird. Dieses Vertrauen zur Wertbeständig-keit des Geldes bestimmt seine innere Kaufkraft und damit die Bewegung der Preise. Die Inflation im Deutschland ist nicht die unmittelbare Ursache der Preissteigerung, da das ausgegebene Papiergeld durch die eine Milliarde Goldmark der Reichsbank reichlich gedeckt ist. Noch weniger als im Inlande kann der Staat den Geldwert im Ausland beeinflussen. Hier ist die Zahlungs- und Handelsbilanz maßgebend. Die Tiefe des Sinkens der Valuta wird jedoch bei dauern-dem Tiefstande bestimmt von dem Grade des Ver-trauens zum Gelde (Kaufkraft im Inlande). So vollzog sich in Deutschland bei zunehmender Inflation das Sinken des inländischen Geldwertes bedeutend langsamer als das der Mark, da das Vertrauen zum Gelde, das der Staat stützen wollte, anhielt. Sobald dieses schwand, sank auch die innere Kaufkraft sehr rasch. Die Folge war die Flucht von der Mark, die das ungeheure Steigen der Devisen in der letzten Zeit bewirkte. Die Geldwertverwertung bringt auch politische Probleme mit sich; der Arbeiter kann unter diesen Umständen mit dem Lohne nicht ausreichen, die Redu-ktion des Rentner- und Mittelstandes droht. Das Kapital schwindet, die Kreditkraft der Banken nimmt ab, so daß nach Bernhards Ansicht Arbeitslosigkeit droht. Eine Stabilisierung der Mark könne nur durch Aktivierung der Handelsbilanz geschehen, wozu eine ausländische Anleihe und die Festsetzung der Reparationspflichten Voraussetzung sind. Gegenwärtig bedarf es der Schaffung einer wertbeständigen Anlage, da nach Bernhard nur so die Devisen Spekulation beseitigt werden könnte. Dagegen seien aber die Inflationisten, zu denen vor allem die Finanzkapitalisten gehören. Der Vortragende meint, Deutschland habe zu viel Industrie und die Einfuhr von Rohmaterialien sowie die Ausfuhr von Fertig-produkten sei nur durch eine europäische Re-gelung der Währungsverhältnisse zu erzielen. In der europäischen Gesamtwirtschaft müsse eine Währungs- und Verkehrsangleichung eingeleitet werden. Die geistvolle Beleuchtung der europäischen Währungsverhältnisse des Vortragenden kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Vorschläge zur Eindämmung des deutschen Währungsverfalls nicht praktisch werden können. Für die politische Ein-stellung ist kennzeichnend, daß die diesbezüglichen An-träge der reichsdeutschen Sozialdemokraten unerörtert blieben. Die europäische Gemeinwirtschaft gar ist auf Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bei den entgegenstrebenden Interessen der heutigen poli-tischen Imperien schwerlich ernst diskutierbar.

Dr. P.

Arbeiterdarstellung „Das vierte Gebot“. Gastspiel Rudolf Tyrolt. Sonntag, den 26., halb 8 Uhr nach-mittags im Neuen Theater. Kartenerwerb bei Op-eriker Deutsch, Graben 26, Kleiner Hof.

Neues Theater. Heute, den 25.: „Die Frau des Lucullus“; Sonntag, den 26.: nachmittags „Arbei-tervorstellung“, Gastspiel Tyrolt, „Das vierte Gebot“, abends „Die Frau des Lucullus“; Montag, den 27.: „Die Jüdin“.

„Keine Bühne“. Heute, den 25.: „Haben Sie nichts zu verpöhlen“; Sonntag, den 26.: „Wauwau“.

Genossenschaftsbewegung.

Der internationale Genossenschaftstagen

Wie bereits bekanntgegeben, findet morgen im Zuzernsaale in Prag eine gemeinsame Tagung des Zentralverbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften mit dem Zentralverband der tschechischen Genossenschaften und der Vereinigung der Konsumgenossenschaften der nationalsozialistischen Partei statt, die umso bedeutungsvoller sein wird, als auf ihr die geeinte Macht der organisierten Verbraucher, gleichgültig ob diese im deutschen oder tschechischen Lager stehen, zum ersten Male wirkungsvoll zum Ausdruck gelangen wird. Abgesehen von dem demokratischen Charakter, der dieser Tagung innewohnt, kommt ihr eine andere wichtige Bedeutung zu. Es ist jedermann klar, daß die Konsumvereine, die sich bisher aus eigener Kraft, auf dem Wege der Selbsthilfe, zu mächtigen Unternehmungen der aufgedeuteten Verbraucher entwickelt haben, durch die Wirtschaftskrise und ihren verheerenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit, dem Wohlstand, dem Pecherwerb usw. in doppelter Hinsicht leiden. Einmal, als Wirtschaftsinstitutionen im kapitalistischen Staat gleich allen Privatunternehmungen, und noch mehr als Organisationen der von der Wirtschaftskrise am meisten betroffenen, auf geringen Lohn, kleine Arbeitslosenunterstützung angewiesenen Arbeiter und Angestellten. Der Staat aber tut nichts, um die Existenz der Konsumvereine zu erleichtern, er gewährt ihnen, der Volkswirtschaft dienenden, die Verbraucherinteressen fördernden Bestrebungen keinen, oder doch nur sehr geringen Schutz, er legt ihr in unzähligen Fällen sogar Hindernisse in den Weg. Und doch hat gerade der Staat, der sich in Kriegsjahren der Bedeutung der Konsumvereine sehr wohl bewußt war und sich ihrer als geeigneter Mittel im Dienste der gesamten Volksernährung bediente, in einer durch ihn mitverschuldeten Krise erst recht die Pflicht, die Konsumgenossenschaften und ihre Bestrebungen zu unterstützen, ihre Forderungen zu berücksichtigen. Den Staat und seine Organe an diese ihre Pflicht zu gemahnen, aber auch die breiten Schichten der notleidenden Verbraucher, die der Genossenschaftsbewegung noch gleichgültig gegenüberstehen, auf die Bedeutung der Konsumvereine zum Schutze ihrer eigenen Existenz aufmerksam zu machen, ihnen ihren Charakter als Bekämpfer allen Wuchers, aller Teuerung und aller Profitinteressen zum Bewußtsein zu bringen, ist der zweiseitige Zweck der Tagung. Die Beschlüsse, die aus der gemeinsamen Tagung von den Vertretern der drei Genossenschaftsverbände in diesem Staat in einträchtigen Zusammenwirken beschloffen werden, sollen in den Massen des Volkes, in ungefähr 3000 Versammlungen, die dem Genossenschaftstag folgen werden, ihren Widerhall finden.

Hoffen wir, daß die gemeinsame Kundgebung der seit vielen Jahren national und parteipolitisch gespaltenen, getrennt marschierenden Genossenschaftsorganisationen nunmehr der Beginn zu weiterer, gemeinsamer Arbeit im Dienste des Proletariats sein möge!

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Schutz der Konsumenten?

Erste Sitzung der „Ständigen Konsumenten-Enquete“.

Freitag vormittag fand beim Ernährungsministerium die erste Sitzung der „Ständigen Konsumenten-Enquete“ statt, welche an Stelle des bisherigen Reichswirtschaftsrates tritt. Diese Enquete soll solange fungieren, bis die Gesetzesvorlage über die Konsumentenämtern er-

schigt sein wird. Die Mitglieder dieser Enquete wurden aufgrund der Vorschläge der politischen Parteien und der Genossenschaftsorganisationen vom Ernährungsminister ernannt. Als Vertreter der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wohnten der Sitzung Abg. Genosse Cermal, als Vertreter des Verbandes Deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und der Großeinzelhandelsgesellschaft Abg. Genosse Dietl und Genosse Pantrac bei.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Erklärung des Ernährungsministers Dr. Franke über den Schutz der Konsumenten.

Man hätte erwartet, daß der Ernährungsminister Dr. Franke vor diese Konsumentenvertretung mit einem festen Programm getreten wäre, das hätte sagen müssen, wie sich die Regierung, beziehungsweise des Ernährungsministerium den Preisabbau vorstellt. Aber die Regierung verhält sich bei ihrer mit dem „berühmten“ Aufruf vom September begonnenen Taktik, über die Teuerung mit — Phrasen hinwegzukommen. Herr Minister Dr. Franke machte zunächst die ungeheure Entdeckung, daß und die Kriegsschatten bei jedem Schritte verfolgen, und daß die Kaufkraft der Bevölkerung gesunken ist. Er konstatierte sodann, daß der Konsument völlig ohne Schutz des Staates dastehet und daß der heutige Kampf gegen die Teuerung ein Kampf ist um Erhöhung der Kaufkraft des Publikums. Weiter erklärte er, daß der Konsument sich auch um die Qualität der Waren kümmern müsse. Der Ruf nach Konsumentenämtern, sagte der Minister, ist gerecht. Zum Schluß erklärte er, daß nur die Zufriedenheit der Konsumenten Ruhe und Ordnung im Staat sichere und daß sich zu diesem Zwecke alle die Hände reichen müssen. Dazu hatte man also die Konsumentenvertreter zusammenberufen. Gesagt, getan, dachte der Herr Minister Franke und empfahl sich, indem er versicherte, er hätte Wichtiges im Parlamente zu tun.

Schon das Benehmen des Ministers zeigt, welche Bedeutung die Regierung der Beratung beimessen scheint. Wir finden es höchst unangenehm, daß der Ernährungsminister in der wichtigsten Frage seines Ressorts, im Kampfe für den Preisabbau, so vorgeht, daß er nach einer nichtsagenden Erklärung die Beratung verläßt und an seine Stelle einen untergeordneten Vorkämpfer zur Leitung der Beratung juridiziert. Das ist eine Mißachtung der ständigen Konsumenten-Enquete, wie sich wohl nicht rechtfertigen läßt.

Den Vorsitz der führerlosen und hin- und her schwankenden Beratung übernahm der Ministerialbeamte Hasel. In der Debatte sprach u. a. Genosse Abgeordneter Dietl, der erklärte, daß die Konsumenten-Enquete, solange sie nicht über Exekutivgewalt verfüge und initiativ wirken könne, keinen rechten Schutz den Konsumenten bieten könne. Redner vertritt in der Ministererklärung einen klaren Wegweiser zur Bekämpfung der Teuerung und bemängelt schließlich, daß der Konsumenten-Enquete jede gesetzliche Unterlage fehle.

Abgeordneter Genosse Cermal erinnert an die Preisabbauaktion unter dem Ministerium Srba. Der Minister Srba verwies in einer Besprechung, die er mit Vertretern unserer Partei abhielt, unsere Genossen darauf, daß bei den politischen Bezirksverwaltungen Beratungen der Kaufleute und der Vertreter der Konsumenten einberufen werden, um eine Senkung der Preise herbeizuführen. Er sagte, daß die Regierung größtes Gewicht legt auf die Mitarbeit der Konsumenten bei ihrer angeblichen Verbilligungsaktion. Wir haben unsere Vertrauensmänner beauftragt, überall an diesen Beratungen teilzunehmen.

Wir waren uns aber dessen bewußt, daß so wertvoll diese Arbeit draußen in den Bezirken sein mag, doch nicht ganze Arbeit geleistet werden kann, wenn der Staat nicht andere Machtmittel, die er sonst zu unökonomischen Zwecken verwendet, ins Treffen führt. Im Uebrigen haben wir in den Bezirken dieselbe Erfahrung gemacht, wie im Währischen Landeswirtschaftsrat. Die und da gelang es zum Beispiel den Milchpreis um einige Heller herabzusetzen, aber im großen war von einer Verbilligung nichts zu spüren. Es zeigt sich eben, daß die Bevölkerung an dem Preisabbau mitzuwirken entschlossen ist, daß von unten her der gute Wille vorhanden ist, daß aber die Oberstelle verlagert.

In der weiteren Debatte sprach u. a. Direktor Lustig, der tschechischen Großeinzelhandels-Industriellenvertreter einer eingehenden Kritik unterzog. Er verwies darauf, daß die Industrie beim Steigen der Krone nicht mit den Weltmarktpreisen geht, während sie beim Sinken der Krone sich immer auf die Weltmarktpreise beruft. Redner führt an Hand einiger Beispiele an, wie teuer es in unseren Staaten ist.

Sodann wurde zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zur Herabsetzung der Preise für Pflanzensäfte, geschritten. Inspektor Hasek erklärte, die Firma Schicht habe mit 1. November die Preise für „Ceres“ von 10.25 Kronen auf 11.75 Kronen per Kilogramm erhöht. Dies sei in der gegenwärtigen Wirtschaftslage und bei der herrschenden Verbilligungstendenz unzulässig und das Ernährungsministerium werde mit allen Mitteln, selbst mit der Oeffnung der Grenze für Pflanzensäfte, gegen diese Verteuerung ankämpfen.

Die Vertreter der Firma Schicht und des Verbandes der Industriellen gaben als Grund der Verteuerung naturliche Verhältnisse an. Gegen ihre Ausführungen polemisierte Direktor Lustig. Schließlich wurde eine achtgliedrige Kommission zur Überprüfung der Statuten, in die u. a. Abg. Genosse Cermal entsendet wurde, und eine sechsgliedrige Kommission zur Behandlung der Frage der Verbilligung der Pflanzensäfte, in die u. a. Abg. Genosse Dietl entsendet wurde, gewählt.

Zum Schluß brachte Sen. Pirazek den Antrag ein, die Herabsetzung der Preise für Brot und Weisgebäck in der nächsten Sitzung zu behandeln, und protestierte gegen die geplante Gründung einer Spiritus-Aktiengesellschaft.

Der Vorsitzende schloß gegen einhalb 1 Uhr die Sitzung.

Gegen eine Erhöhung der Zuckerpriese.

In der Sitzung der „Ständigen Konsumenten-Enquete“, über deren Verlauf wir an anderer Stelle berichten, brachte Abg. Genosse Dietl folgenden Antrag ein: Nachdrücklich aus Kreisen der Zuckerindustrie lassen erkennen, daß in nächster Zeit eine Erhöhung der Zuckerpriese geplant ist. An dieser, für die Verbraucher drohenden Gefahr kann die „Ständige Enquete für Verbilligung der Lebensmittel“ nicht vorübergehen, ohne mit aller Schärfe gegen eine derartige Absicht Stellung zu nehmen. Das Präsidium wird daher aufgefordert, alles vorzunehmen, um eine Erhöhung der Zuckerpriese zu verhindern.

Erhöhung des Zuckergolles in Ö.S.S.? Infolge der anhaltenden Regengüsse im verfloßenen Monat, hat die Zuckerrübenenernte einen namhaften Ausfall aufzuweisen. Während das Ergebnis der Zuckerpflanzung vor der Ernte auf über 4000 Waggons Zucker geschätzt wurde, wodurch nahe zu der halbe Landesbedarf an Zucker gedeckt worden wäre, muß jetzt mit einem Höchstmaß von etwas mehr als 3000 Wag-

gonen gerechnet werden. Hiem gestellt sich der Umstand, daß infolge der Erhöhung des Wertes des Dinars, die Einfuhr des Zuckers aus dem Ausland, insbesondere aus der Tschechoslowakei erleichtert wird, so daß sich die heimische Zuckerindustrie in schwieriger Lage befindet. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß der heimische Industrie die erforderliche Hilfe durch eine Erhöhung des Zuckerpriese für Zucker gewährt wird, falls sich nach Abschluß der Kampagne eine solche Hilfe als unabwendlich zeigen sollte. Die Schutzschranke, die da Südslawien gegen den Bundesgenossen aufrichtet, wirkt nicht eben als freundschaftlicher Akt.

Tschechoslowakische Bergarbeiter nach Frankreich. Die französischen Kohlengrubenbesitzer sind an das Landesarbeitsvermittlungsbüro in Prag herangetreten, das genannte Amt möge ihnen 370 Bergarbeiter — Bedingung tschechische Nationalität — verschaffen. Das Landesarbeitsvermittlungsbüro wandte sich nun diesbezüglich an die drei Bergarbeiterorganisationen, welche ihrerseits beim Syndikat der französischen Kohlenarbeiter anfragten, ob eine solche Arbeitsvermittlung nicht gegen die Interessen des französischen Grundproletariates verstöße. Daraufhin ist von den französischen Bergarbeitern ein Schreiben eingelaufen, woraus wir folgende Stellen hervorheben. „Wenn in der Tschechoslowakei 20.000 Bergarbeiter ohne Arbeit sind, so gibt es auch in Frankreich eine Menge von Bergarbeitern, die arbeitslos sind, weil sie gekündigt wurden und von einigen Bergwerksunternehmungen nicht mehr aufgenommen werden. Deswegen verlangen die Bergwerksunternehmungen Hilfe aus anderen Ländern und so auch aus dem Euren.“ Weiter wird gesagt, daß wenn die einwandernden tschechoslowakischen Arbeiter Mitglieder des französischen Syndikats würden, ihre Rechte vollaus gewahrt würden. Sollten sie jedoch das Werkzeuge der Unternehmer werden, könnten die französischen Kameraden zu ihnen auch dann nicht in ein freundschaftliches Verhältnis treten, wenn sie Mitglieder der Gewerkschaft ihrer Heimat bleiben. In den Bergwerksunternehmungen von Courrières kann ein erwachsener qualifizierter Bergarbeiter 18 bis 20 Francs verdienen, was aber zum Leben nicht reicht. In einer ausländigen Lohnzahlung in dieser Gegend ist ein Lohn von mindestens 28 bis 30 Francs notwendig. — Wie nun die Dinge stehen, scheinen die französischen Bergwerksunternehmer die tschechoslowakischen Bergarbeiter als Lohnrücker ihrer französischen Kameraden betrachten zu wollen. Die internationale Solidarität der tschechoslowakischen Bergarbeiter wird aber die lauberen Pläne der französischen Ausbeuter durchkreuzen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	228.00
Berlin	229.42
Wien	228.00

Züricher Schlusskurse.

Berlin	008.00	Paris	38.00
Wien	007.75	Mailand	25.00
Prag	16.90	London	022.00
Holland	211.50	Belgrad	7.00
New York	5.37	Warschau	003.00
London	24.14	Wien alt.	000.00

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1245.50	1245.50
100 Mark	041.00	071.00
100 schwed. Franc	587.00	590.00
100 Lire	147.00	148.50
100 franz. Francs	224.00	225.50
1 Pfund Sterling	141.87	142.87
1 Dollar	3145.00	3186.00
100 belg. Francs	208.50	210.00
100 Dinar	44.00	41.50
100 österr. Kronen	003.95	074.95
100 poln. Mark	014.50	024.50
100 ungar. Kronen	130.00	140.00

Copyright 1922 by Der Verlag Berlin-Heidelberg.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (22)
Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Ich erwartete Widerspruch, doch schien Zimmermann meine Worte einzufassen und verbarstete stumm. Der junge Reporter aber redete: „Sie waren bei einem Autounfall zugegen? Wir hatten bloß den Report über einen Tod, verursacht durch Frau Stebbins Automobil. Sagen Sie in diesem?“ Da weder Zimmermann noch ich antworteten, lachte er. „Es ist ja einleuchtend; ich konnte den Bericht ohnehin nicht verwerfen. Herr Stebbins ist eine unserer „heiligen Kühe“. Guten Tag, Danke.“

Er schickte sich zum Gehen an, und jählings überkam mich meine alte Angst vor dem Zeitungsgeschwätz. Ich konnte nicht in der Doffentlichkeit als Beschützer eines Wohlsehens erscheinen. Ich brüllte dem Reporter nach: „Junger Mann!“ Er wandte sich höflich um. „Ich sage Ihnen, Herr Zimmermann ist kein Radfahrer. Merken Sie sich das.“ Und als ich das ungläubige Lächeln auf dem Gesicht des jungen Mannes bemerkte, schrie ich noch lauter: „Er ist ein Christ!“ Der Reporter lachte laut.

27.

Wir erreichten endlich das Gewerkschaftshaus; hier herrschte große Aufregung wegen der Vorfälle, die sich gestern vor dem Prinz-Restaurant ereignet hatten. Ich hatte schon damals das brutale Vorgehen der Polizei geahnt, nun haben davon verbundene Köpfe, blaugeschlagene Arme und Brüste ein herabes Zeugnis ab. Im Hauptquartier der Restaurantangestellten redete eine aufgeregte Menge in einem Duzend Sprachen

von dem ihr zugefügten Unrecht. Wir erfuhren, daß sich acht von ihnen im Gefängnis, etliche im Spital befanden; bei einigen war wenig Hoffnung, daß sie am Leben bleiben würden. Und all dies hatte sich ereignet, während wir uns im Restaurant anfragen und Zimmermann weinte.

Ich glaube, jeder dritte hielt eine Morgenzeitung in der Hand — die Zeitungen, die berichteten, wie ein rasender Mob Bewaffneter versucht hatte, in das Restaurant einzudringen und nur mit Mühe von den tapferen Beschützern der Ordnung zurückgehalten worden war. Ein Mann las etwas vor, das ihm als besonders erlogen deutete, zerhüllte die Zeitung in der Hand, rief: „Der Lügner! Die dreidigen Lügner!“ Und noch andere Worte, die nicht für den Druck geeignet sind.

Ich erkannte, es sei ein Fehler gewesen, Zimmermann hierher kommen zu lassen. Dies war nicht der Ort für einen Menschen, den es verlangte, patriotisch oder mit der Weltordnung zufrieden zu sein. Dem Proletariat waren allerhand wundervolle Versprechen gemacht worden, damit es sich dazu hergebe, den Krieg zu gewinnen, und nun kam es mit dem leeren Scheitern, den es selbst ausgefüllt hatte — und wurde mit Fußtritten die Treppe hinunterbefördert. Die Löhne wurden „liquidiert“, wie das so schön heißt, und es gab eine Unzahl kläglich Streiks, die alle mit einem Mißerfolg endeten. Ihr dürft nicht vergessen, daß Western City das Heim der „offenen Werkstatt“ ist. Die armen Teufel von Streikern wurden gesperrt, auf der Straße überfallen; Spione verrieten ihre Organisationen, Probotatoure stifteten Unheil in ihren Reihen. Und die ganze Wundemasse, die aus diesem Zustand hervorging, schien sich an diesem schönen Novembertag im Gewerkschaftshaus eingehunden zu haben; kläglich Gestalten, Männer, Frauen, sogar etliche Kinder, denn viele waren aus ihren Wohnungen auf die Straße geworfen worden, wußten nicht wohin gehen,

waren gerumpelt, abgehärmt, unterernährt, einige weinten vor Schmerz, andere ballten in ohnmächtiger Wut die Fäuste. Mein Freund L. S., der Rindkönig, hätte keine vollkommenerer Aufnahme menschlichen Elends machen können — seine, die geeigneter gewesen wäre, die empfindsame Seele eines Propheten zu erschüttern und ihn davon zu überzeugen, daß das kapitalistische Amerika ärger sei als das imperialistische Rom.

Zimmermanns Erscheinen erregte kein besonderes Aufsehen. Diese Leute hatten soeben zu viel erlitten, um sich um etwas anderes kümmern zu können. Sie verlangten bloß nach einem Menschen, dem sie ihr Leid klagen konnten, und sie entdeckten gar bald, der Fremde sei dazu ein geeignetes Objekt. Er stellte unzählige Fragen; bald war er von einer Menge umdrängt, gemahnte an einen Regierungskommissar, der eine Untersuchung leitet. Anscheinend würden wir den ganzen Tag hier bleiben; ich drückte mich in eine Ecke, hoffte, nicht bemerkt zu werden.

Gegen Mittag brachte ein Knabe Rettungen und ich kaufte die erste Ausgabe des „Abend-schreie“. Ja, da stand es, auf der ersten Seite, nicht einmal ein großes Feuer und ein Erdbeben in Japan hatten diese Sensation zu verdrängen vermocht. Und ich hatte richtig geahnt, der Reporter hatte alles Sensationelle doppelt und dreifach unterstrichen: Zimmermann nannte sich selbst einen Propheten, der erst vor vierundzwanzig Stunden Gottes Gegenwart verlassen hatte, und er betrete sein Prophetentum, indem er die Wunden und die Lahmen heilte und auch alle hypnotisierte, mit denen er zusammenkam, von einem jungen Klubmann bis zu den jüdischen Hausfrauen. Er hatte Amerika ein Nobland genannt und ein Land, das von Wahnsinnigen regiert werde.

Ich zeigte ihm die Zeitung, damit er ein wenig weltliche Vorsicht lerne. Seine Rüstern bebten, seine Augen funkelten: „Mobs? Diese Zeitung ist ein Mob! Ist der ärgste eurer Mobs.“

Und da die Zeitung zu Boden fiel, trat er mit dem Fuß darauf.

Dann meinte er: „Ihr redet von Mobs, hören Sie jetzt zu.“ Und er wandte sich an einen der Umstehenden: „Ergählen Sie, wie Sie behandelt wurden.“ Der Mann, ein kleiner russischer Schneider Namens Korwsky, berichtete in gebrochener Englisch, daß er der Sekretär der Schneidergewerkschaft sei. Anläßlich seien sie in Auslands getreten und während der Nacht sei ihr Bureau überfallen, die Tür eingebrochen, Papiere und Dokumente seien gestohlen worden. Anscheinend war das Ganze von den Arbeitgebern oder deren Agenten ausgeführt worden, denn sie hatten bloß Papiere mitgenommen, die sie gegen den Streit verwenden konnten. „Sie haben unsere Mitgliederliste“, sagte Korwsky. „Und nun schicken sie Leute zu den Mitgliedern, schrecken sie an die Arbeit zurück. Die Mädchen werden sofort entlassen, wenn sie in einem Warenhaus eine Stelle bekommen hatten; wir werden zu Tode gehetzt.“

Er erklärte weiterhin, der Einbruch könnte nur mit Hilfe der Polizei ausgeführt worden sein; niemand rührte sich, um die Schuldigen zu verhaften. Seine Stimme bebte vor Empörung, Zimmermann schaute mich an: „Ihr habt Mobs, die des Nachts kommen, mit Blendlaternen und Einbrecherwerkzeugen.“

Ich hatte unter den Leuten einen Mann bemerkt, der Zimmermann auffallend ähnlich sah. Er war hochgewachsen und hager, statt der weißen und amethystenen Gewänder meines Propheten trug er den Anzug eines Arbeiters mit zu kurzen Ärmeln, und wo Zimmermann einen weichen wallenden Bart hatte, sah man des Mannes Adamsapfel sich auf und ab bewegen.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Das Grubenunglück in Nordamerika.

Mehr als hundert Tote.

Ueber das furchtbare Grubenunglück in Nordamerika, das wir gestern meldeten, wird noch berichtet: Infolge einer Schlagwetterentzündung hat sich in einer Grube in der Nähe von Bessemer (im Staate Alabama) eine neue Grubenkatastrophe ereignet. Im Augenblick der Explosion arbeiteten fast 400 Bergleute in der Grube. Bei den Rettungsarbeiten, die mit großer Schnelligkeit durchgeführt wurden, konnten 200 gerettet werden, von denen viele sehr schwer verletzt waren. Ein in der letzten Nacht veröffentlichter offizieller Bericht bezeichnet 80 Tote und 60 Schwerverletzte; von diesen sind mehrere an den Folgen ihrer Verletzung gestorben, so daß die Zahl der Toten 100 bereits übersteigt. Nach der „Times“ ist die Katastrophe dadurch hervorgerufen worden, daß drei Kohlenwagen etwa 300 Meter tief in die Grube gestürzt seien. Die Wagen fielen auf die elektrischen Starkstromkabel. Die starke elektrische Entzündung hatte die schwere Schlagwetterkatastrophe zur Folge.

Die farbigen Truppen als Krankheitsräger. Kürzlich fand in Marseille ein internationaler Kolonialkongreß für öffentliche Gesundheit und soziale Vorbeugung unter zahlreicher Beteiligung hervorragender französischer Mediziner statt. Darüber berichtet die „Klinische Wochenschrift“: Es wurden viele Beiträge zur Hygiene der Tropenländer geleistet. So kurz und zurückhaltend die bisher vorliegenden Berichte in ihrer vorsichtigen Abfassung sind, so geht aus ihnen scharf hervor, daß der lange Aufenthalt afrikanischer Truppen in Frankreich gesundheitliche Gefahren für die dortige Bevölkerung hervorruft, die man ernstlich zu fürchten und zu bekämpfen beginnt. Zwar wird die Bedrohung durch Keimträger verschiedener Art unter den eingeborenen Rekruten für Paris als gering erklärt, trotzdem wird empfohlen, an den im Kriege befolgten Maßnahmen festzuhalten und auf amerikanische Vorbilder bei der Rückbeförderung der Truppen hingewiesen. Für die Kolonien selbst wird räumliche Trennung der Europäerquartiere und der Einwohnerviertel für erforderlich erklärt; für Marseille und Paris die Errichtung kolonialer Krankenhäuser für die aus den Kolonien Zurückkehrenden verlangt. Verschiedene Berichte über die Verbreitung von Typhus, Trachom, Geschlechtskrankheiten, Wurmt Krankheiten usw. in den Kolonien selbst lassen schließen,

daß die von dort nach Europa verschifften Eingeborenen gesundheitlich bedenklich genug sein müssen; ein Vortrag behandelt ausschließlich die Tuberkulose unter den afrikanischen Truppen der Rheinarmee und schlägt besondere Maßnahmen vor.

Nach eine Nummer des Blattes die Rubrik „Erziehung und Schule“ enthalten.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Wie puht man ohne Mühe bei Frost Fenster und Auslagen? Mit dem Metallputz „Ebin“, Zeugnis der chemischen Fabrik „Ebinia“, puht man mit Leichtigkeit und ohne Mühe bei jedem Wetter alle Fenster und Auslagen ohne Gefahr, daß dieselben springen. Gebrauchsanweisung: Man trage „Ebin“ leicht auf, lasse teilweise eintrocknen und puht dann mit weihem Lappen nach. Ueberzeugt Euch und Ihr werdet dann ausschließlich nur Metallputz „Ebin“ benötigen. 119.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Bereinsnachrichten.

Berein der deutschen Staatsangestellten in Böhmen. Theatervorstellung am 3. Dezember im Neuen Deutschen Theater. „Die blaue Maske“ um halb 8 Uhr nachmittags. Vorverkauf Vereinsheim, Stefansgasse 40, von 5-7, außerdem Deutsches Haus, „Bohemia“-Schalter. Besonders ermäßigte Preise ohne Vorverkaufsgebühr. 1217

An die Mitglieder des Verbandes sozialistischer Lehrer und Erzieher! Die Mitglieder des Verbandes erhalten die heutige Nummer des „Sozialdemokrat“, weil er im Leitartikel und im Parlamentsbericht zu den wichtigsten Fragen der Schule Stellung nimmt. Dafür wird im Dezember

Die Teilnehmer am Genossenschaftstag besuchen das 1207

Café Gletra

beim Museum. Prag beim Museum.

Kuh & Kretsch

Likörfabrik Teplitz-Schönau.

Die Besucher des Genossenschaftstages werden höflich eingeladen, das

Restaurant Hevera

Prag I., Celetná. Schrameksches Durchhaus zu besuchen. 1234

Büro- u. Geschäfts-Einrichtungen

amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert billigst 1215

A. Kominik, Prag II., Revoluční 6. Telephone 8514 VII. Genossenschaften, Krankenkassen etc. besondere Ausnahmepreise. Anfragen werden prompt erledigt und Kostenvoranschläge bereitwilligst gemacht.

REMA

die beste Speise-Schokolade

besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.

Egger & Co.

Prag-Karlin, Královská tr. 14. Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren, Eggers Milch- und Kaffeekekarmellen, Eggers 140er Peppermint 544 in allen Konsumvereinen erhältlich.

Schreibmaschinen

SMITH BROS. CORONA. am Kugellagermasch. Reisemaschine. ELLIOT-FISHER Buchhaltungsmaschinen 122. Gliban & Co., Prag II., Tel. 9823, Lucerna. Tel. 9823.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Bata

ermäßigt zu Weihnachten wiederum seine Preise!

1 November	jetzt
Bagantschen schwarz für Strapazen	Kč 80.- Kč 60.-
Bagantschen gelb, laut militärischer Vorschrift	.. 80.- .. 70.-
Herrnstiefel Kuhlleder für Regenwetter mit Kernsohle	.. 80.- .. 70.-
Herrnstiefel Kuhlleder, dreimal genagelt	.. 90.- .. 80.-
Herrnstiefel Boxenst., durchnäht	.. 100.- .. 80.-
Herrnstiefel Ramonarbeit aus Kalbsbox moderne Façon	.. 110.- .. 90.-
Damenschuhe aus Rindbox für Festtage	.. 90.- .. 70.-
Damenschuhe aus Kalbsbox	.. 90.- .. 70.-
Kinderschuhe, bessere aus Oskariabox Nr. 24 bis 28	.. 40.- .. 30.-
Knabenschuhe für Festtage Nr. 23 bis 34	.. 40.- .. 30.-
Knabenschuhe für Festtage Nr. 35 bis 38	.. 70.- .. 50.-

1223



Die beste Beschuhung für Regenwetter

Kč 79

Wir empfehlen unsere Schüler-Schuhe für die jetzige Herbstwitterung besonders angefertigt aus fettem Rindleder zu den gleichen Preisen!

Kč 240

ein wollener Herrenanzug neuesten Schnittes, mit Wollserge.

Kč 240

Ein wollener Oberzieher mit Wollserge.

Kč 240

ein Kimonoraglan, auch anliegend

Kč 240

Ein kurzer Winterrock mit Fellkragen.

Bessere und feinste Sorten Anzüge, Oberzieher, Raglans, Gummimäntel, Paletot und Pelze Kč 290.-, 330.-, 390.-, 450.- und höher bis zur allerfeinsten Gattung.

Die Umsatzsteuer wird nicht zugeschlagen. Muster und Preislisten werden nicht versendet.

Auswahlsendungen werden nicht effektuiert. Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko. Nichtkonvenientes wird umgetauscht oder der Betrag retourniert.

Konfektionshaus Sigmund Stránský Prag, Hybernská. 1165

ALLE UNSERE KONSUMVEREINE FÜHREN NUR ERSTKLASSIGE QUALITÄTSMARKEN!

Waldes Koh-i-noor DRUCKKNÖPFE

FÜHRENDE WELTMARKE



NIF. VERSAGEND! WERTVOLLE KUPONS! GARANTIERT ROSTFREI!



1 Dutzend Druckknöpfe Koh-i-noor brauchen zum Annähen um 10 Minuten weniger Zeit als jeder andere Druckknopf.

WALDES-HAARNADEN, NÄH-, STECK-, SICHERHEITSNADEN, STRICK- UND HÄKELNADEN, FINGERHÜTE, HAKEN UND AUGEN ETC.

Keine bombastische Reklame kann die Tatsache verdecken, daß nur „SANA“ Theemargarine die beste war, ist und bleibt!

! Verlangt daher nur diese Marke !

1203